

und sittlichen Normen. Darüber hinaus müssen auch Laien, die im Leben bereits aus katholischem Geiste Verantwortung üben, die konkreten Verhältnisse erhellen und Wege zeigen, die sie erprobt haben, um solche unerquicklichen Verhältnisse erfinderisch zu wandeln. Lehre und christliche Erfahrung müssen für die Bildung der Gewissen übermittelt werden. Einer der Gründe, weshalb es so wenig „erwachsenen“ Glauben gibt, ist sicher auch darin zu suchen, daß bei der religiösen Bildung der Gläubigen die Pioniere des sozialen Gewissens in den Berufen nicht genug herangezogen werden. Ihre Beteiligung bedeutet ja keine Einschränkung der priesterlichen Führung im Grundsätzlichen. Eine Mündigkeit der Laien in der Ablösung oder im Gegensatz zum hierarchischen Apostolat hat in der Kirche keine Daseinsberechtigung. Sie würde den Leib Christi zersetzen und zerreißen und die Laien dem Wirbel der „Situationen“ in der Welt überantworten. Notwendig aber ist für die Methode der Erwachsenenbildung das freie Gespräch zwischen Priester und Berufserfahrenen, um so mehr, als zu bedenken bleibt, daß die Erwachsenen „freiwillige Schüler“ sind, wie es der Heilige Vater in einer Ansprache vor Lehrern und Schülern italienischer Volksbildungsschulen einmal sagte (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 362).

3. Wer für die Lösung dieser großen Aufgabe der Kirche beten will, wird auch daran denken, für die Mittel zu ihrer Durchführung zu beten, das heißt für den Ausbau der Bildungsstätten für Erwachsene und für die Gewinnung der geeigneten Lehrkräfte. Es ist aber durchaus nicht erforderlich, hier gleich an fehlende Etatsmittel zu denken und sich unter Berufung auf rückläufige Kirchensteuereingänge der Verantwortung zu entziehen. Denn man muß durchaus nicht immer Institute schaffen mit Schreibtischen, Telefonen und Registraturen, obwohl die Vermehrung der wenigen katholischen Akademien, ihre Einrichtung in allen Diözesen ein dringendes Bedürfnis ist. Aber oft führen erfinderische Maßnahmen entschlossener Pfarrer und Kapläne rasch zu durchgreifender Wirkung. So wurde durch ihre Initiative in einer bekannten Bodenseestadt den ganzen Winter hindurch ein sogenanntes Eheseminar eingerichtet. Das war eine fortlaufende Reihe von Vorträgen, die in dem größten Saale der Stadt von fremden Priestern, Ordensleuten, Ärzten und anderen Sachkundigen gehalten wurden. Sie mußten wegen Überfüllung auf zwei weitere Säle übertragen werden. Denn aus Stadt und Land kamen die Menschen herbeigeströmt. Die ersten Vorträge „zogen“ derart, daß auch ältere Bauern und ihre Frauen es sich nicht nehmen ließen, ihre Volkswagen einmal für diesen Bildungszweck zu verwenden. Man kann sagen, daß durch diese Improvisation die Fragen einer rechten Ehe nicht nur für Monate das Stadtgespräch, sondern daß sie sogar das Dorfgespräch waren; ein Zeichen dafür, wie gerne Erwachsene bereit sind, zu hören und zu lernen, wenn eine großzügige Form gefunden wird, die nicht an den moralischen Zwang einer sonntäglichen Christenlehre erinnert. Freilich ist die Hebung der religiösen Erwachsenenbildung nicht ohne rechtes Predigen und ohne Exerzitien zu vollenden, aber Predigt und Exerzitien sind nicht der einzige Weg; und auch die Exerzitienthemen sollten nicht nur der inneren Heiligung dienen, sondern die religiöse Durchdringung elementarer Berufs- und Lebensfragen versuchen, indem sie etwa Themen der „Sozialen Wochen“ verschiedener Länder aufgreifen, auf die der Papst so großen Wert legt, oder

gar Themen großer päpstlicher Ansprachen. Was hier erarbeitet wurde, sollte sobald wie möglich im Volk ankommen. In allen diesen Fortbildungseinrichtungen stehen am besten Priester und sachkundige, menschlich gewinnende Laien nebeneinander, so daß jeder auf seinem eigensten Gebiete das Beste geben kann.

4. Aber jede Schulung hat ihre Grenzen, und es hat immer seine Schwierigkeiten, Erwachsene noch einmal auf irgendeine „Schulbank“ zu bringen. Das wirksamste Mittel für ihre religiöse Bildung sind die Vorbilder des praktischen Lebens, die „Mittler“, die an irgendeiner hervorragenden Stelle tätig sind. Ein vorbildlicher katholischer Betriebsführer, der nicht nur seine kirchlichen Pflichten erfüllt, sondern seinen Betrieb bis in die Kantine der Belegschaft mit einem freien katholischen Geiste durchdringt und damit die Entpersönlichung moderner Arbeitsprozesse überwindet, oder ein katholischer Bürgermeister, Landrat, Anwalt, Lehrer oder Richter „erzieht“ durch seine Wirksamkeit die Erwachsenen, die ihn beobachten, am wirkungsvollsten, auch dann, wenn er nicht unmittelbar darüber Vorträge hält, wie man als moderner Bürgermeister, Finanzdirektor und Betriebsleiter ein gewissenhafter, die Dämonien des Betriebes überwindender Christ sein kann. Sosehr es erforderlich ist, die religiöse Erwachsenenbildung systematisch durch Volkshochschulen und Akademien, durch Predigt und Exerzitien auf der ganzen Linie zu fördern, so sollte auch der andere Weg beschritten werden, im Herzen einer Diözese besonders befähigte katholische Christen in führender Stellung auf allen Stufen der Verantwortung und in allen Berufen zu gläubigen Pionieren heranzubilden, damit die Gläubigen an ihrem Wirken erfahren, was ein zum Mannesalter Christi herangewachsener Mensch vermag: welche „Macht“ von ihm ausgeht, welchen Segen er der Gemeinschaft bringen kann. Eine besondere Aufgabe dieser Pioniere würde es sein, die Sprache der Theologen in die Sprache der Welt zu übersetzen, ohne die katholischen Prinzipien zu entkräften. Die religiöse Bildung der Erwachsenen wird die Formen einer spontanen Katholizität finden, wenn ihr eine — ja nicht laizistische — aber dem Leben angemessene Sprache geschenkt wird.

Meldungen aus der katholischen Welt

Aus dem deutschen Sprachgebiet

**Freiburger
Richtlinien
zur Vereinfachung
der Seelsorge**

Nach Beratung mit den Dekanen seines Erzbistums hat der Erzbischof von Freiburg am 5. April 1955 Richtlinien für die Vereinfachung der Seelsorge

erlassen, die zugleich der Entlastung und der Konzentration im pastoralen Amt dienen sollen.

Die Richtlinien bauen auf dem Grundsatz auf: „Die ordentliche Pastoration darf nicht geschmälert werden, wenn das Wesen der Reichgottesarbeit ... erfüllt werden soll. Die ordentliche Seelsorge hat den Vorrang vor der außerordentlichen und die Gemeindegottesdienste vor der Individualseelsorge.“

Die Seelsorgstätigkeit muß andererseits der Leistungsfähigkeit der Priester angepaßt werden. Deswegen können die Sonntagsgottesdienste nach Maßgabe des Fassungsvermögens der Kirchenräume eingeschränkt werden und Gottesdienste, die nur der bequemeren Erfüllung

des Sonntagsgebotes dienen, wegfallen. Die Trinationsvollmacht ist strikt auf Ausnahmefälle zu beschränken, und zwar aus Rücksicht auf die Gesundheit und die ehrfürchtige Zelebration. Zum Zweck der Einrichtung von Filialgottesdiensten wird Trination nicht gestattet. Abendmessen sollen in mittleren Städten nur in einer Kirche, in Großstädten in zwei oder drei Kirchen stattfinden.

Die Predigt soll zwar grundsätzlich Bestandteil jedes Sonntagsgottesdienstes sein. Doch kann sie abwechselnd in den Früh- und Spätgottesdiensten einmal monatlich ausfallen. An zwei bis drei Sonntagen im Jahr kann die Predigt ganz ausfallen; gelegentlich kann an ihrer Stelle eine Ansprache oder ein Schreiben des Heiligen Vaters verlesen werden.

„Ein Aufgeben der Christenlehre muß außer jeder Überlegung bleiben, da eine Wiedereinführung in Zeiten ungünstiger schulischer Verhältnisse . . . nicht erreicht werden kann.“ Zu ihrem Besuch sind die drei Jahrgänge nach der Schulentlassung gehalten.

„Eine Einschränkung der religionsunterrichtlichen Tätigkeit ist nicht zulässig.“ Der Pfarrer soll „tunlichst die oberen Klassen in den Volksschulen selbst unterrichten“. Er soll ferner außer dem Beicht- und Kommunionunterricht in den Städten eine bestimmte, etwa die vierte Klasse, selbst unterrichten, um die Fühlung mit der Jugend zu behalten. Im übrigen darf er Laien einsetzen, sofern diese „nach Maßgabe ihrer Vorbildung und Eignung“ die kanonische Sendung erlangt haben. Eine bestimmte Ausbildung hierfür wird nicht zwingend vorgeschrieben. Nur für den Unterricht an höheren Schulen wird ein „abgeschlossenes theologisches Studium mit bestandenem Examen“ verlangt.

Laienkräfte dürfen außerdem herangezogen werden „zur Betreuung von Vereinen und Gruppen, zur Überwachung des Schülergottesdienstes, Einüben von Kirchenliedern, Vorbeten von Andachten, Halten von Vorträgen, Führung der Pfarrkartei, Fertigung von Statistiken, Hausbesuchen, Rechnungsführung, Kirchensteuererhebung, Büroarbeiten, Caritativtätigkeit und (nach vorheriger Genehmigung) zur Führung der Kirchenbücher“.

Eine Vereinfachung der Arbeit kann auch durch Zusammenlegung von Pfarreien erreicht werden, wie das in 38 Fällen geschehen ist.

In der außerordentlichen Seelsorge ist, wie das Dekret sagt, die Organisation zur Betreuung der Naturstände oder für Spezialaufgaben „weithin notwendig, oder doch zweckentsprechend und nützlich“. Im Rahmen des Ganzen gilt aber der Grundsatz: „Nur die Vereine sollen Existenzrecht haben, die notwendig sind und für die Seelsorge wirklich ein Positivum bedeuten. Parallelorganisationen und Überschneidungen sollen nach Möglichkeit vermieden werden.“ Eine ernste Überprüfung ist am Platze. Die Zumutbarkeit der Arbeit für den Seelsorger hat den Vorrang „vor einzelnen, wenn auch wichtigen Zielen“. Die Vereinsarbeit soll dem Seelsorger nicht mehr als zwei Abende in der Woche und diese nicht länger als bis 22.30 Uhr nehmen.

Die Verantwortung für die kirchliche Vermögensverwaltung kann dem Pfarrer gesetzmäßig nicht abgenommen werden. Jedoch wird die Einrichtung von Bezirks-Rechnungsstellen, die einen Teil dieser Geschäfte überpfarrlich wahrnehmen können, beschleunigt.

Für seine Person soll der Seelsorger der Gefahr der Veräußerlichung, die in seiner Überbürdung liegt, durch ge-

naue Einhaltung der im CIC vorgeschriebenen täglichen oder regelmäßigen geistlichen Übungen vorbeugen. Er soll auch an den brüderlichen Zusammenkünften teilnehmen. In jeder Woche soll er einen halben Tag auf die Erholung verwenden. Sein Arbeitstag soll über 12 Stunden nicht hinausgehen. Seine Ferien dürfen sich (und das bedeutet namentlich für die Vikare eine Erweiterung) bis zu vier Wochen erstrecken. Die Pfarrer erhalten zur Besoldung eines Vertreters 150.— DM Beihilfe jährlich.

**Kirche —
Gemeinde —
Apostolat.
15. Diözesan-
konferenz Paderborn**

Wenn sich alle zwei Jahre die Dechanten und je ein weiterer Geistlicher der 66 Dekanate des Erzbistums Paderborn mit ihrem Bischof, den Geistlichen Räten, Professoren, den Geistlichen des

Seelsorgsamtes und der Priesterbildungsanstalten zusammenfinden, dann ist es immer ein besonderes seelsorgliches Anliegen, das im Mittelpunkt der Überlegungen und Beratungen steht. In Fortführung der Arbeitstagung von Priestern und Laien im Januar 1954 war hauptsächlichstes Anliegen aller Vorträge und Arbeitsgemeinschaften der 15. Diözesankonferenz die Zusammenarbeit von Priestern und Laien und die Mitarbeit der Laien in Kirche und Gemeinde sowie deren Verantwortung in der Welt.

Das theologische Bild vom Laien und seinem Standort in der Kirche zeichnete Professor Karl Rabner SJ, Innsbruck, in seinem Referat „Maria und das Apostolat“. Bei der Konfrontierung des eigenen Wesens mit der neuen Zeit erkennt die Kirche, daß neue Wege zu gehen sind. Dabei finden wir in Maria das Urbild der Kirche (Ambrosius), als Typus für Seelsorge und Apostolat. Sie steht als die das Heil der Welt Empfangende in zugleich amtlicher und personaler Tat am entscheidenden Punkt der Heilsgeschichte. Ihr Mitwirken ist die Tat des Empfangens. In der Annahme des Heiles für sich persönlich bedeutet die Annahme zugleich die Mitarbeit an dem Heil der anderen, so daß Dienst, Amt und eigene Heiligkeit schlechthin eins werden. Damit ist in Maria die Grundstruktur jedes Apostolates gegeben. Dieses Apostolat Marias zeigt uns die Einheit des Apostolates von Klerus und Laien. Man kann Maria nicht zum Klerus rechnen, sie ist zwar Königin der Apostel, nicht aber im liturgischen und amthaftern Sinn Priester. Auf Grund ihrer ausgezeichneten Stellung unter den Erlösten in der sichtbaren Kirche ist sie auch nicht einfach „Laie“. Sie ist die lebendige Einheit von Klerus und Laien, gewissermaßen der lebendige Protest gegen allen vereinseitigten Klerikalismus und Laikalismus. Ihr Apostolat sagt dem Klerus, daß auch im Amt das Entscheidende der heilige Dienst ist; es sagt dem Laien, daß sogar die entscheidende Rolle im Heil nicht schon eo ipso den Anspruch und die Bevollmächtigung zum Amt einschließt. „Ihr Apostolat bezeugt die Einheit und gegenseitige Bezogenheit zum amtlichen Apostolat der hierarchischen Sendung und Apostolat persönlicher Charismas der Heiligkeit in der Bescheidenheit.“

Das Apostolat der Heiligen Jungfrau zeigt als zweites den inneren Zusammenhang von Gesinnung und Werk. Ohne Gesinnung ist das Werk tot, ohne das Werk entartet die Gesinnung zu einem unverbindlichen Gefühl. Immer wird das Verhältnis von heiliger Innerlichkeit und äußerer apostolischer Tat eine quälende Frage für den Apostel sein. Aber im Apostolat der Heiligen Jungfrau,

die aktiv in der Contemplatio und kontemplativ in der Actio ist, erkennen wir, daß sich Gesinnung und Werk gegenseitig bedingen und fördern, wenn wir uns, wie sie, Gott ganz übereignen.

Die dritte vorbildhafte Einheit finden wir bei Maria in der Einheit von Geist und Norm, Gesinnung und Gesetz im Apostolat. Norm und Gesetz sind die Fleischwerdung, die Gestaltwerdung von Geist und Gesinnung. Mißtrauen hiergegen können leicht sündiger Hochmut und getarnte Bequemlichkeit sein. Dagegen zeigt sich häufig gerade unter den Laien apostolische Kraft und Unternehmungsgestalt in fast fanatisch anmutendem Mut zur konkreten Erfüllung von Plänen, festgelegten Aufgaben, zur Rechenschaft, zur gleichmäßigen Arbeit und Zusammenarbeit. Das von Maria vorgelebte Apostolat ist aber auch das Apostolat der Sendung von oben, ein Wartekönnen, ein Zurücktreten, ein Reifenlassen bis zum rechten Augenblick. Weil jeder aber wie Maria unter dem Zeichen des Kreuzes steht, ist das Ja nicht nur in einem großen Augenblick, sondern immer erneut zu sprechen, nicht in Form kleingläubigen Experimentierens, sondern in Zeichen innerlicher Kontinuität.

Nach dieser theologischen Grundlegung brachte das Referat von Chefredakteur Karlheinz *Schmidthüs*, Freiburg, besonders die soziologische Weiterführung. Nach der Analyse unserer Zeit als einer der organisierten Aktion zeichnete der Referent als wesentliche Tatbestände des kirchlichen Lebens die aktive Teilnahme am liturgischen Geschehen und das vertiefte Kirchenbewußtsein. Diese Tatsachen müssen in der Struktur des Apostolates berücksichtigt werden, für die bestimmend sind: Ausgang vom Altar her; bündnishaft Struktur von Amt und Charisma, von Klerus und Laien, von Autorität und persönlichem Gewissen; organisatorische Struktur der zweckbestimmten Aktion.

Mitarbeit der Laien und Gemeindebildung

Die Gedanken zur praktischen Arbeit in der Gemeinde mit dem Laien, die Dechant Johannes *Heinrichsbauer*, Mühlheim, vortrug, waren lebendiges Zeugnis einer tiefen Achtung vor dem Laien und spiegelten eine jahrelange Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Laien wider. Die Laienmitarbeit ist zu fördern ohne Vorbehalte und Mißtrauen; die Laien müssen wissen, daß sie ernst genommen werden. Die von dem Redner angeschnittenen Fragen nach dem Ort der Mitarbeit des Laien, nach der Gewinnung und Bildung des Laien für sein Amt in Kirche und Öffentlichkeit wurden in den vier Arbeitsgemeinschaften: Familie und Familienseelsorge, Welt der Arbeit, Kultur- und Sozialarbeit, Gemeindebildung und Mitarbeit der Laien, weiter erörtert. In einer ehrlichen Bestandsaufnahme wurde dargelegt, daß häufig der Laie doch noch ein „Stiefkind“ der Kirche sei, da bei manchen Geistlichen der Wille fehle, den Laien wirken zu lassen, obwohl sich herausgestellt hat, daß in vielen Bereichen, z. B. auf dem caritativen und Bildungssektor, der Laie nicht nur sich voll bewährt, sondern den ihm eigenen Weltauftrag hat. Andererseits wurde auch festgestellt, daß besonders in ländlichen Gegenden mit überwiegender katholischer Bevölkerung der Wille und die Bereitschaft zur Mitarbeit fehlt.

Daß die Frage der Gemeindebildung und der Mitarbeit der Laien eines der brennendsten Probleme ist, zeigte sich an der über 50%igen Teilnahme der Geistlichen an die-

sem Arbeitskreis. Hier gaben auch in vier Thesen zur „missionarischen Pfarrei“ die Diasporageistlichen besonders aus dem Kommissariat Magdeburg wesentliche Gedanken. 1. Die ihrem Wesen nach missionarische Gemeinde als Kirche ist für alle Menschen in einer bestimmten räumlichen Umgrenzung da. 2. Die Umwandlung der Welt zum Reich Gottes bewirkt Christus, indem er in diese Welt als Liturge seine Gnade, als Zeuge seine Wahrheit, als Hirt seine dienende Liebe gibt. 3. Die Gemeinde ist in dem Umfang missionarisch, als sie teilnimmt an diesen großen Diensten des Herrn: sie muß im Gottesdienst priesterlich eingehen in das Beten und Opfern des Herren; sie muß zur Teilnahme am Zeugnis Christi fähig werden; sie muß gestärkt werden, die Liebe des Herrn in die Welt hineinzutragen. 4. Als Ansatzpunkte für die Teilnahme der Gemeinde an diesen Diensten müssen Fürbittgebet und Opfergang aus echter Opfergesinnung feststehende Bestandteile des Gottesdienstes werden. So wird der Gottesdienst mehr als die Befriedigung religiöser Bedürfnisse oder Erfüllung religiöser Pflichten. Es liegt hier die Kraftquelle für das Wirken des Christen in den verschiedenen Gebieten des gemeinschaftlichen Lebens und der bürgerlichen Gesellschaft als Beitrag zur „Heimholung der Welt“. Aus gleicher Quelle wie dieses Laienapostolat, das in Taufe und Firmung begründet ist, wird das Apostolat gespeist, das Teilnahme am hierarchischen Apostolat ist und die bewußte Eingliederung des Laien in die apostolische Sendung der Kirche in Zusammenwirken von Bischof, Klerus und Laien bedeutet.

Die Beratungen und die Aussprache der Seelsorgspriester aus Stadt und Land, aus katholischen und Diasporagegenden haben erneut sichtbar werden lassen, daß kein Grund zu Pessimismus in der Verkündigung des Reiches Christi in der heutigen Welt durch Priester und Laien am Platze ist, wie der Erzbischof Dr. Lorenz Jaeger in seiner Schlußansprache betonte. Den Laien, die heute die Kirche bewußter, ja heiß lieben, gehöre volles Vertrauen.

Die kulturpolitische Auseinandersetzung liberalen Koalition SPD/FDP/BHE/ in Bayern

Bayernpartei unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoegner im Anschluß an die Landtagswahl vom 28. November 1954 hatten sich die Fronten in Bayern so sehr versteift, daß von einem förmlichen Kampf zwischen Regierung und Regierungsparteien auf der einen und CSU und katholischen Verbänden auf der anderen Seite gesprochen werden mußte. Nachdem bereits im vorherigen Landtag die entgegengesetzten Bestrebungen der einzelnen Parteien das fällige *Lehrerbildungsgesetz* verhinderten, legte die neue Regierungskoalition, die nach allgemeinem Urteil überhaupt nur durch die Gemeinsamkeit im Widerstand gegen die Kulturpolitik der CSU zustande kommen konnte, im Januar dieses Jahres einen gemeinsamen Gesetzentwurf für die Lehrerbildung vor, der zunächst bis heute nur im Kulturpolitischen Ausschuß des Landtags (Vorsitzender Prälat Meixner, Bamberg) mit je zwei Gutachten der Regierungsparteien und der CSU sowie im außerparlamentarischen Raum behandelt wurde. Der Gesetzentwurf sieht die Gründung nichtkonfessioneller, staatlicher Pädagogischer Hochschulen vor, die ähnlich den übrigen wissenschaftlichen Hochschulen und mit dem Recht auf Selbstverwaltung aufgebaut sein sollen. Der Besuch soll Hoch-

schulreife voraussetzen, sechs Semester dauern und mit der Ersten Prüfung für das Lehramt an Volksschulen abschließen (wobei nach dem 4. Semester eine Vorprüfung vorauszugehen hätte). Der Pädagogischen Hochschule soll eine pädagogisch-didaktische Ausbildungsschule eingegliedert sein. Die Studierenden sollen die Möglichkeit haben, neben ihren Vorlesungen auch Vorlesungen an anderen Hochschulen zu hören; außerdem wäre ihre Studienzzeit für andere Hochschulen und Prüfungen sowie für eine Promotion anzurechnen. (Die bisherigen Lehrerbildungsanstalten in Bayern haben noch keinen Hochschulcharakter.)

Protest des Apostolischen Stuhls und der bayerischen Bischöfe

Dieser Gesetzentwurf, der auch aus pädagogischen Gründen sehr umstritten ist (die Auseinandersetzung darüber kann hier außer acht bleiben), stieß sofort auf die scharfe Ablehnung der CSU und aller katholischen Kreise, die ihn als kulturpolitisch untragbar und als mit dem bayerischen Konkordat (das konfessionelle Volksschulen und konfessionelle Lehrerbildung bestimmt) unvereinbar bezeichneten. Letzterer Auffassung hat sich auch der Heilige Stuhl in zwei Noten der Apostolischen Nuntiatur in Deutschland an die bayerische Landesregierung angeschlossen und Vorstellungen gegen den Gesetzentwurf erhoben. Die bayerische Regierung antwortete darauf, sie könne sich über den Gesetzentwurf erst eine abschließende Meinung bilden, wenn endgültige Beschlüsse des Landtags vorliegen. Gegen diesen Versuch, Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl so lange auszuweichen, bis durch einen Mehrheitsbeschluss des Landtags vollendete Tatsachen geschaffen sind, wandte sich in einer scharfen Stellungnahme der ehemalige Landtagspräsident Dr. Alois Hundhammer. „Es ist für unser bayerisches Volk ein bedauerliches Vorkommnis“, erklärte er weiter, „wenn der Heilige Vater durch den Nuntius amtlich bei der bayerischen Regierung gegen das geplante Lehrerbildungsgesetz Protest erheben muß. Das bayerische Volk sollte schon erwarten dürfen, daß sich gerade eine bayerische Regierung nicht so offen gegen die Kirche stellt.“

Anläßlich ihrer Frühjahrskonferenz in Freising am 30./31. März faßten auch die bayerischen Bischöfe unter Vorsitz von Kardinal Wendel einstimmig eine Stellungnahme zum Lehrerbildungsgesetz, die der Öffentlichkeit am 29. April übergeben wurde. Sie bedauerten es aufs tiefste, heißt es darin, „wenn durch eine Fortsetzung des beschrittenen Weges auch in Bayern die Katholiken mit ihren Bischöfen schließlich zwangsläufig in einen *Notstand* versetzt würden“. Von jeher seien in Bayern die Bekenntnisschule und die bekenntnismäßige Ausbildung der an diesen Schulen tätigen Lehrer Regel und Recht gewesen. Die bayerischen Bischöfe bringen die „dringende Bitte und die zuversichtliche Erwartung“ zum Ausdruck, daß das durch den Gesetzentwurf ohne Berücksichtigung des Art. 15 des Konkordats eingeleitete einseitige Vorgehen durch die bayerische Staatsregierung wirksam hintangehalten werde. Abschließend weisen sie die katholischen Landtagsabgeordneten aller Parteien auf die „ernste und folgenschwere Verantwortung“ hin, die sie in dieser Frage vor Gott und der Zukunft des bayerischen Volkes haben.

Eine Erklärung der bayerischen FDP-Landtagsfraktion nennt diese bischöfliche Stellungnahme eine „verfassungs-

widrige Einmischung in die Rechte des Parlaments“ und die „Aufkündigung der demokratischen Grundordnung“. Der Gesetzentwurf stehe nach Buchstabe und Sinn im Einklang mit dem bayerischen Konkordat, und eine Verletzung sei auch in der Erklärung der Bischöfe gar nicht präzisiert.

Kampf um die Meinungsfreiheit der Beamten

Die bisher schärfste Kontroverse zwischen der bayerischen Regierung und der Kirche ist dann in der letzten Aprilwoche wegen zweier anderer Vorfälle ausgebrochen. Ein Nürnberger Landgerichtsdirektor hatte außerhalb des Dienstes in einer geschlossenen Veranstaltung eine echte katholische Überzeugung in den Berufen der Justiz, der Erziehung, der Wissenschaft und der Wirtschaft gefordert; er war dafür im Landtag angegriffen und von einem Minister zur Rechenschaft gezogen worden. Ein höherer Beamter des bayerischen Arbeitsministeriums hatte schließlich noch in einem Rundfunkvortrag eine andere politische Meinung vertreten, als die gegenwärtige Regierungskoalition sie vertritt. Der zuständige Minister Stain (BHE) kritisierte ihn daraufhin öffentlich, und der bayerische Ministerrat gab einen Erlaß heraus, wonach Beamte in Zukunft Rundfunkreden, Vortragstexte und Presseartikel vorher ihrem Minister zur Genehmigung vorlegen müssen, falls darin „die Zielsetzung der Staatsregierung berührt“ werde.

Diesen Erlaß, der daraufhin bald „Maulkorb-Erlaß“ genannt wurde, bezeichnete die CSU als einen „ungeheuerlichen Eingriff“ in die Rechte der freien Meinungsäußerung; zur Behandlung im Landtag leitete sie der bayerischen Staatsregierung eine Interpellation zu, in der es unter anderem heißt: „Mit der Einführung der Vorzensur ist den Angehörigen der bayerischen Ministerien der Maulkorb umgehängt.“

Der Konflikt in dieser Angelegenheit wurde aber noch wesentlich verschärft im Anschluß an eine Entschließung der Katholischen Aktion der Erzdiözese München-Freising. Darin war die bayerische Regierung ebenfalls beschuldigt worden, die Meinungsfreiheit der Beamten in unzulässiger Weise einzuschränken. „Die Geister der Unfreiheit und Intoleranz, die hier gerufen werden, führen zu einer Bedrohung der freiheitlichen Lebensordnung unseres Volkes.“ Die bayerische Staatskanzlei veröffentlichte daraufhin einen Kabinettsbeschluss, in dem der Katholischen Aktion in scharfer Form vorgeworfen wird, „die Beamtendisziplin zu untergraben und damit die Axt an die Wurzel des Berufsbeamtentums zu legen“. Die Beamten sollten „die unverantwortliche Aufforderung zum Ungehorsam nicht beachten und treu ihre Beamtenpflichten gegenüber der Regierung erfüllen“. Diese Vorwürfe der Regierung wies die Katholische Aktion schärfstens zurück, da sie einer sachlichen Grundlage entbehrten. Sie habe nie zum Ungehorsam aufgefordert, sondern lediglich die Beschränkung der privaten freien Meinungsäußerung durch den Regierungserlaß als widerrechtlich kritisiert; dieser Vorwurf aber bestehe nach wie vor.

Auch die Personalpolitik der neuen bayerischen Regierung erregt in steigendem Maß das Ärgernis der CSU. MdL Franz Sackmann, Landesvorsitzender der CSU, beschuldigte den bayerischen Kultusminister Professor August Rucker (parteilos) der Absicht, hochqualifizierte Beamte wegen ihrer weltanschaulichen Bindung zu versetzen. Dr. Alois Hundhammer, der den Vorwurf der Beseitigung

überzeugt christlicher Beamter gegenüber der ganzen bayerischen Landesregierung erhoben hatte, ist in dieser Frage bereits bei Ministerpräsident Dr. Hoegner vorstellig geworden.

Nun doch Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl

Inzwischen haben sich die versteiften Fronten seit Anfang Mai wesentlich gelockert, und die Regierung scheint den Frieden im Land und ein Übereinkommen mit den Kirchen über ein kulturpolitisches Prestige zu stellen. Die CSU-Fraktion wurde durch einen maßgeblichen Sprecher der SPD von einem förmlichen Beschluß der Regierungsparteien (gegen den Widerstand der FDP) in Kenntnis gesetzt, wonach die bayerische Staatsregierung entgegen ihren bisherigen Absichten zwischen der zweiten und dritten Lesung des Lehrerbildungsgesetzes, also vor dem endgültigen Abschluß des parlamentarischen Verfahrens, Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl über strittige Punkte aufnehmen wird. Prälat Meixner äußerte über diese Mitteilung seine Genugtuung, da sie geeignet sei, die ersten Besorgnisse zu mildern, daß der bayerische Staat dem Volk „eine gegen Verfassung, Konkordat und Kirchenverträge verstoßende gesetzliche Regelung aufzwingen könnte“. Dieser Erfolg sei nicht zuletzt auch der klaren Stellungnahme des evangelischen Landesbischofs und Landeskirchenrates zu verdanken.

Die Regierungsparteien haben inzwischen zu ihrem Gesetzentwurf selbst zwei Abänderungsanträge im Kulturpolitischen Ausschuß des Landtags eingebracht, die zwar nur die Organisation der geplanten Pädagogischen Hochschulen betreffen (die Rolle der Senate sowie eine stärkere Selbstverwaltung), doch ist durchaus noch nicht ausgeschlossen, daß der Gesetzentwurf auf dem langen parlamentarischen Weg entweder völlig scheitert (man spricht von einer bevorstehenden Ablehnung durch den Finanzausschuß) oder aber eine so wesentliche Abänderung erfährt, daß er auch für die Kirchen und die CSU annehmbar wird. Prälat Meixner erklärte als Vorsitzender des Kulturpolitischen Ausschusses im Einverständnis auch mit den Koalitionsparteien, das neue Gesetz werde in diesem Jahr nicht mehr verabschiedet.

In einer Stellungnahme des Ministerrats vom 13. Mai betont die Regierung gegenüber der Erklärung der bayerischen Bischofskonferenz, es bestehe nicht der geringste Anlaß zu der Annahme, daß die Katholiken in Bayern mit der geplanten Neuregelung der Lehrerbildung „in einen Notstand versetzt“ würden. Es könne nicht die Aufgabe der Regierung sein, gegen einen Gesetzentwurf „von vornherein“ Einspruch zu erheben und das Gesetzgebungsverfahren laufend zu überwachen; die Staatsregierung habe aber wiederholt ihren guten Willen zu einer freundschaftlichen Bereinigung etwaiger Meinungsverschiedenheiten erklärt.

Psychologische Entspannung

Die Behandlung der CSU-Interpellation zum „Maulkorb-Erlaß“ im bayerischen Landtag, die am 11. Mai in ziemlich gereizter Atmosphäre erfolgte und teilweise tumultartig ausartete, ist alles in allem doch als eine gewisse weitere Entspannung zu werten. Ministerpräsident Hoegner betonte in seiner Stellungnahme, der Beschluß des Ministerrats beziehe sich nur auf grundsätzliche Angelegenheiten und auf dienstliche Äußerungen von Beamten, ferner auf solche, die den Anschein einer amtlichen

Stellungnahme erwecken. „Jeder Beamte kann nach wie vor reden, wie ihm der Schnabel gewachsen ist, und er kann schreiben, was er will, soweit Wort und Schrift nicht gegen Strafgesetze oder gegen die Treuepflicht des Beamten gegenüber dem demokratischen Staat verstoßen.“ Der Ministerpräsident wies den Ausdruck „Maulkorb-Erlaß“ und alle Vorwürfe der Katholischen Aktion und der CSU als unberechtigt zurück. Der Erklärung Hoegners und damit dem Erlaß stimmten die Koalitionsparteien gegen die Stimmen der CSU zu. Prälat Meixner stellte anschließend fest: „Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß der Ministerratsbeschluß nur dienstliche, den jeweiligen Geschäftsbereich grundsätzlich betreffende, nicht aber private Meinungsäußerungen von Beamten betrifft, hat die CSU-Fraktion durchaus befriedigt“; die CSU habe allerdings eine Änderung des Erlasses erwartet und sehe in ihm nicht das geeignete Mittel, privaten und dienstlichen Bereich der Beamten zu trennen.

Kulturpolitische Majorisierung?

Die künftige politische Entwicklung in Bayern wird davon abhängen, inwieweit die Regierung als Repräsentation einer in sich völlig heterogenen Koalition den Versuchungen widerstehen kann, mit der CSU-Opposition den ganzen christlichen Volksteil (der, wie die derzeitigen Einschreibungen für die Bekenntnisschulen zeigen, durchaus die Mehrheit ausmacht) auf kulturpolitischem Gebiet zu majorisieren. Der Grenzen ihrer Macht, die auf wenig mehr als auf einer knappen parlamentarischen Stimmenmehrheit und auf einigen Ressentiments in der öffentlichen Meinung basiert, scheinen sich die vier bayerischen Koalitionsparteien bereits bewußt geworden zu sein.

Generalversammlung In Wien wurde vom 22. bis 23. April und **Studientagung** im Palais Auersperg die Generalversammlung der UNDA, der internationalen katholischen Vereinigung für Rundfunk und Fernsehen, und anschließend (bis 27. 4.) eine Studientagung abgehalten mit dem Thema „Das Wort Gottes und die modernen Mittel seiner Verbreitung“.

Neben den österreichischen Teilnehmern zählte man 37 ausländische Delegierte — aus Deutschland, der Schweiz, Luxemburg, Holland, Belgien, Frankreich, England, Spanien, Italien und Chile —, wobei einige Delegierte auch die Vertretung benachbarter Länder übernommen hatten. Unter den Teilnehmern waren Bischof Charles Charrière, Lausanne, der Delegierte des Heiligen Stuhles bei der UNDA, der Präsident der UNDA, P. Dr. Kors O P, Hilversum, Generalsekretär Dr. Schneuwly, Freiburg (Schweiz), der Vorsitzende der Katholischen Rundfunkarbeit Deutschlands, Dr. Karl Becker, der kirchliche Fernsehbeauftragte Deutschlands, Pfarrer August Siegel, der kirchliche Rundfunkbeauftragte der Schweiz, Jakob Haas, und von österreichischer Seite Msgr. Otto Mauer, geistlicher Assistent der Arbeitsgemeinschaft für Rundfunk und Fernsehen, Dr. Hans Kriegl, Leiter der Arbeitsgemeinschaft, und Professor Rudolf Henz.

Die Generalversammlung behandelte in erster Linie organisatorische Fragen. Nach dem neuen Statut, das nach der Approbation durch Rom und den endgültigen Beschluß der Generalversammlung nun in Kraft getreten ist, ist die UNDA die offizielle internationale Stelle der Kirche für die Fragen von Rundfunk und Fernsehen. Der alte Vor-

stand wurde im wesentlichen wiedergewählt und als Vertreter Österreichs Prof. Henz in den Vorstand kooptiert. Die Tagung war durch eine starke Beteiligung der offiziellen Kirche (Kardinal Innitzer, Nuntius Dellepiane, Erzbischof-Koadjutor Jachym, Prälat László), der staatlichen Stellen (Unterrichtsminister Dr. Heinrich Drimmel) sowie des österreichischen Rundfunks ausgezeichnet.

Die Forderungen der Kirche

Die Eröffnung der Generalversammlung — bei der Prof. Henz als Präsident der Katholischen Aktion Österreichs die Begrüßungsworte sprach und auf die zehn Jahre Widerstand gegen die ausländische Einmischung in den österreichischen Rundfunk hinwies — nahm Kardinal Innitzer zum Anlaß, im Hinblick auf die kommende Neuordnung des österreichischen Rundfunks Grundsätze und Forderungen der Kirche auf dem Gebiete des Rundfunks auszusprechen. Der Rundfunk soll keinen Monopolcharakter haben und kein verstaatlichtes Unternehmen sein. Die Möglichkeit zur Errichtung eines eigenen katholischen Senders müsse offenbleiben, wenn auch die Kirche derzeit nicht die Absicht habe, einen eigenen Sender zu errichten. Der Stimme der Kirche im Rundfunk soll eine eigene Abteilung eingeräumt werden, in der Vertreter der Kirche an den Sendungen mitarbeiten. Darüber hinaus aber erwartet die Kirche, daß das gesamte Rundfunkprogramm nach den Normen der Moral gestaltet wird. Diese Forderung werde am ehesten erfüllt durch einen Programmbeirat, in welchen die Kirche und die Institutionen und Organisationen Vertreter entsenden, unter Ausschluß jedes staatlichen Weisungsrechtes.

Für die Freiheit der öffentlichen Meinung

Den gleichen Grundsatz der Freiheit des Rundfunks vor der Übermacht des Staates vertrat auch Unterrichtsminister Drimmel. Rundfunk und Fernsehen, so führte er aus, sind ein Teil der öffentlichen Meinung, die in der politischen Willensbildung mündet, von der die Gesetzgebung und Vollziehung ihren Auftrag empfangen. Es wäre ein Widerspruch, würde man diese öffentliche Meinung und ihre vornehmsten Elemente: Presse, Rundfunk und Film, unter die Kontrolle desselben Staates stellen, dessen legitimierende Idee von ihnen gebildet wird. Damit würde geradezu das Prinzip einer staatlich konzessionierten Demokratie begründet werden. Wahre Kulturpolitik des Staates dürfe sich nie darin versuchen, ein Reglement dafür aufzustellen, in welchen Sphären und Proportionen sich das geistige, sittliche und religiöse Leben des Landes entwickelt. Auch die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit, die wir mit Fehlkonstruktionen bereits erworben haben, seien eine eindringliche Warnung, es mit einem Experiment genug sein zu lassen und das kostbare Gut der Freiheit mit allen Mitteln zu verteidigen.

Kirche und Rundfunk

Die Studientagung wurde am 23. 4. von einer Pontifikalmesse eingeleitet, die Bischof Charrière zelebrierte und bei welcher Msgr. Mauer die Festpredigt hielt. Er entwickelte dabei folgende Gedanken zum Thema Kirche und Rundfunk: Die Kirche wird immer mehr eine Diasporakirche und steht vor der Entscheidung, ob sie Ghettokirche oder Missionskirche sein will. Wie der Kirche der ersten Jahrhunderte für ihre Mission das Verkehrssystem und die Weltsprachen des Imperiums zur Verfügung standen, so

steht ihr heute die technische Apparatur der modernen Zivilisation zur Verfügung, in welcher der Rundfunk eine besondere Stelle einnimmt. Die Kirche kann heute wirklich Weltkirche sein. Sie ist die Gegenmacht des totalen Staates. Sie kann mittels des Rundfunks sogar die Menschen erreichen, die hinter dem Eisernen Vorhang sind. Indem sich die Kirche des Rundfunks bedient, ist sie auf das reine Zeugnis des Wortes gestellt, ohne allen Pomp und Zwang, wie ihn die totalen Staaten haben. Der Rundfunk gibt der Kirche die weltweite Publizität, die sie will, da Religion auch eine Sache des öffentlichen Bekenntnisses ist. Die Kirche tritt durch den Rundfunk in Konkurrenz mit den anderen Weltanschauungen. Sie muß aus dem Ghetto heraustreten und sich der Konkurrenz aussetzen. Man kann heute nicht mehr in einer geschlossenen Welt existieren. In dieser Konkurrenz wird sich zeigen, ob die Christen imstande sind, die Religion glaubwürdig zu bezeugen. Die Vereinheitlichung der Welt, die Verkündigung des Evangeliums über die ganze Erde hin ist weiter ein Zeichen der eschatologischen Situation, in der wir leben.

Die Rundfunkpredigt

Der erste Tag der Studientagung gehörte dem Thema der Radiopredigt, nachdem Prälat László, Apostolischer Administrator des Burgenlandes und Beauftragter der Österreichischen Bischofskonferenz für Rundfunk und Fernsehen, die Tagung eröffnet hatte. Vortragender war P. Venancio Marcos OMI, Madrid, der erfolgreiche Radioprediger, der in den zehn Jahren seiner bisherigen Tätigkeit gegen 400 „Gespräche“, „Charlas de Orientación religiosa“, im spanischen Rundfunk gehalten und gegen 16 000 Hörerbriefe bekommen hat. P. Marcos stellte zunächst die Forderungen zusammen, denen ein Radioprediger genügen muß: sehr gute Kenntnis der Theologie (besser noch als ein Theologieprofessor) und der Lebensfragen, Wissen um die geistige Verfassung seiner Zuhörer, Blick für die besonderen Möglichkeiten der verschiedenen Darstellungsformen (einfache Erzählung, Ansprache, dramatische Sendung usw.), Herausfinden der passenden Sprache (weder die Sprache der Kirche, noch die der Gasse), breite Skala der Gefühle. In der Diskussion schilderte P. Marcos, wie er seine „Charlas“ macht. Es sind dies kleine Gespräche, wie man etwa im Café oder auf der Straße Unterhaltungen führt, eine halbe Stunde lang und alles in der einfachsten Alltagssprache. Die Ausdehnung der Sendung auf eine Stunde, die ihm mehrmals nahegelegt wurde, wäre ein Fehler, weil dann nicht mehr alles richtig vom Hörer aufgenommen würde. Die „Charlas“ finden einmal wöchentlich statt, und zwar am Sonntag, um 9 Uhr abends — das ist in Spanien die Zeit vor dem Abendessen, wenn bereits alle Familienmitglieder zu Hause sind. Sehr wichtig ist, daß vorher ein gutes Programm gesendet wird, sonst hat man keine Zuhörer. Mehrere Jahre waren vor seiner Sendung Fußballnachrichten, bei welchen natürlich jeder zuhörte; heute ist es Opernmusik. Das Thema der religiösen Sendung wird nicht angekündigt, um das Moment der Neugierde wachzuhalten. Alle Monate ist eine Causerie de Scandale, eine Sendung, die immer sehr lebhaft erwartet wird. Die häufigste Form der Sendung ist die Auseinandersetzung mit Hörerbriefen. Ein Sprecher des Rundfunks liest den Brief vor, dann antwortet P. Marcos oder wirft bereits während des Vorlesens Bemerkungen ein. P. Marcos verwendet in sei-

nen Gesprächen bestimmte Typen, von denen vier immer wiederkehren: der „Ungläubige erster Klasse“, der Voltaire gelesen hat und als Intellektueller eine gewisse Überheblichkeit zeigt; der „Ungläubige dritter Klasse“, der aus einer primitiven antiklerikalen Einstellung über die Priester schlecht redet; der Katholik, der so lange Katholik ist, als ihm der Glaube keine Unbequemlichkeiten verursacht; und schließlich der Typ der Betschwester. In allen Gesprächen muß viel Humor sein. Vor allem aber muß der Rundfunkprediger eines wissen: daß das Radio keine Kanzel ist.

Erziehung und Funk

Der Vortrag des zweiten Tages (Prof. Dr. Karl Holzamer, Mainz) handelte von „Rundfunk und Fernsehen im Dienste der Erziehung“. Die Bedeutung von Rundfunk und Fernsehen als funktionelle Bildungsmächte sei außerordentlich groß (weshalb sich das Interesse der Kirche auf das gesamte Programm richten muß). Die Gefahren ergeben sich nicht bloß aus einem eventuell schlechten Programm. Das Wichtigste ist, den Menschen zu einem vernünftigen und kritischen Gebrauch des Rundfunks und Fernsehens zu erziehen, soll nicht die eigene Phantasie und Aktivität herabgesetzt werden, was einen allgemeinen Kulturverlust bedeuten würde. Durch eine gute und maßvolle Programmgestaltung, die sich ja nicht auf den ganzen Tag erstreckt, könne das unbegrenzte Eindringen des Rundfunks und Fernsehens in die Familie verhindert und die familienzerstörenden Kräfte abgewehrt werden.

In der Diskussion am Nachmittag wurde auch die Frage aufgeworfen, welche Organisation des Fernsehens anzustreben ist. Prof. Henz schlug vor, das Fernsehen dem Rundfunk einzugliedern, statt es einer gewinnsuchenden Privatfirma zu überlassen. Gegen diesen Vorschlag wurde eingewendet, daß es gefährlich sei, dem Staat ein neues Machtgebiet zu überantworten. (Diese Haltung kann als symptomatisch für die westliche Welt angesehen werden: man sieht überall das Vordringen der großen Apparate und Kollektivmächte und will von vornherein die staatliche Macht in Grenzen halten. Der frühere Optimismus, der sich vom Staat praktisch alles erwartete, ist im Schwinden.)

Liturgie und Fernsehen

Das Problem „Liturgie und Fernsehen“ wurde am dritten Tag (27. 4.) von Pierre Levie, Brüssel, behandelt. Die Frage, ob und in welchem Maße gottesdienstliche Sendungen, namentlich die Heilige Messe, auf den Fernsehschirm gebracht werden sollen, ist bekanntlich kontrovers. Pierre Levie sprach sich für die Übertragung der liturgischen Handlungen aus. Das Verständnis der Gläubigen für die Liturgie werde, wie er meinte, dadurch vertieft. Kranke und alte Leute, die nicht mehr selbst am Gottesdienst teilnehmen können, finden in der Übertragung auf den Fernsehschirm viel Trost und Erbauung. Levie berichtete ferner, daß man in den Kathedralen Westeuropas demnächst Fernsehschirme anbringen werde, damit auch die Gläubigen in den Seitenschiffen sehen können, was am Altare geschieht. — In der Diskussion kam alsbald in der Frage der Messeübertragung die Verschiedenheit der Auffassungen zum Ausdruck: die westeuropäischen Länder haben weiter keine Bedenken, Deutschland und offenbar auch Italien sind zurückhaltend. Pfarrer August Siegel, der kirchliche Fernsehbeauftragte Deutschlands, sagte, daß im deutschen Fernsehprogramm bei der Übertragung

der heiligen Messe größte Zurückhaltung geübt wird. Die Kirche, so wurde betont, habe zur Frage der Fernsehübertragung liturgischer Handlungen keine bestimmte Haltung eingenommen, sondern überlasse die Entscheidung den kirchlichen Stellen je nach der Situation des betreffenden Landes.

Die Schlußansprache hielt Nuntius Erzbischof Dr. Giovanni Dellepiane. Er betonte die Notwendigkeit für die Kirche, die modernen Mittel des Rundfunks und des Fernsehens einzusetzen, da die Kirche alles tun muß, um viele Menschen zu erreichen. So wichtig Kirchenbauten und Renovierungen seien, so müßten doch auch für die Anliegen der Kirche gegenüber der modernen Welt stets Mittel zur Verfügung stehen.

Das Abendland im Spiegel seiner Nationen

Den Begriff des „Abendlandes“ gleichsam induktiv — „im Spiegel seiner Nationen“ — zu klären, versuchte die

Vierte Jahrestagung der Abendländischen Akademie, die vom 12. bis 17. April in Eichstätt stattfand. Die Veranstalter hatten zahlreiche hervorragende Wissenschaftler aus fast allen europäischen Völkern aufgeboten, um vor über 200 Tagungsteilnehmern, unter ihnen Otto von Habsburg und Burghard von Preußen, die nationalen Einzelspielarten und die Gemeinsamkeiten des abendländischen Gedankens auszubreiten.

Der Programmaufbau brachte es mit sich, daß viel von „Beiträgen“ der Nationen für das Abendland die Rede war. Beim Zuhörer mußte dabei zwangsläufig die Frage auftauchen, wie es trotz dieser, bisweilen idealisierten „Beiträge“ zu den Katastrophen kommen konnte, die die Diskussion um die abendländische, besonders die deutsche, „Bewußtseinskrise“ (Ulrich Scheuner, Bonn) überhaupt erst auslöste. So bewegte sich das Diskussionsinteresse hauptsächlich auf die abendländische Zukunft und auf jene häufig übersehenen „Beiträge“ hin, die uns hoffen lassen. Dabei stellte sich heraus, daß die Leistungen der klassischen abendländischen Völker, der „Humanismus“ der Italiener, der „Esprit“ der Franzosen und die „Tüchtigkeit“ der Deutschen, weit weniger Vertrauen fanden als die stilleren Beiträge der Kleinen, der scheinbar aus der Geschichte Ausgeschiedenen, des „anderen Europa“. Die kleine, dazu noch politisch geteilte irische Insel am Westrand des Kontinents stellt der katholischen Kirche auch heute noch das drittgrößte Missionsvolk (Professor Myles Dillon, Dublin). Schon wenige Kilometer hinter London beginnen die Dörfer, in denen das „verborgene England“ lebt, das nicht das Gesicht der Empire-Politiker und der Großkaufleute trägt, dafür aber überdeckte altkirchliche Traditionen weiterbewahrt (Dozent Donald Nicholl, University New Staffordshire). Spanien hat die Situation der Spaltung siebenhundert Jahre lang ertragen und kam in der abendländischen Grenzabwehr zu der noch heute lebendigen Überzeugung: „Das Christentum ist die einzige Kraft, welche die moralischen und geistigen Kräfte unseres Kontinents zur völligen Entfaltung bringen und die geistige und religiöse Zersplitterung Europas überwinden kann“ (Staatsrat Marqués de Valdeiglesias, Madrid). Finnland und Schweden leben uns das Beispiel einer geschichtlich gewachsenen dauernden Völkerfreundschaft vor, die ohne Vertrag zu existieren vermag und deren Mut selbst dem sowjetischen Nachbarn Zurückhaltung abtrotzt; ermutigend, wenn auch nur lokal realisierbar, ist ihre „unneutralistische“ Neutralität,

ihr „bündnisloses“ Stehen zum Westen, dessen Charakter in dem geläufigeren Begriff der „Nichtkriegführung“ verständlich wird (Dr. Arvid Fredborg, Stockholm). Die kräftigsten Europa-Impulse kommen von den kleineren Nahtvölkern, die den lotharingisch-burgundischen Bergkamm zwischen Rom und Flandern seit je besiedeln (Senator Pierre Nothomb, Brüssel): das völkerveröhnende Erbe ist selbst bei den belgischen Sozialisten lebendig; die Schweiz und Holland liefern mit der „Eidgenossenschaft“ und mit der „Deichgenossenschaft“ völlig unideologische Vorbilder der Völkersolidarität (Oskar Bauhofer, Zürich, und Professor Dr. W. Asselbergs, Nijmegen).

Gerade auf diese unideologischen, gelebten Wirklichkeiten kommt es aber an. Nicht umsonst kam aus der nüchternen Distanz des Nordens die Warnung an die Tagung vor der besonders in Deutschland breit gewordenen literarischen „Mund-Kultur“, der Leben und Kunst zur Hypostase geworden sei, die nicht mehr in Leben umgesetzt würde (Pastor Olav Brennhovd, Stockholm). Hier schloß sich die österreichische Mahnung zur „völkischen Selbstkritik“ an, aus der allein das politische Heil kommen könne (Friedrich Heer, Wien).

Es war bemerkenswert, daß die Referenten bedeutend mehr von „Europa“ sprachen als vom „Abendland“, dessen Begriff sie klären sollten. Man darf darin vielleicht eine logische Notwendigkeit sehen. Der instinktiv wohl richtige, aber in seinem Selbstverständnis noch ungeklärte „abendländische Impuls“ wird als konkrete menschliche Haltung „universal“, weil er überall möglich ist, und als konkretes politisches Anliegen wird er „europäisch“. Am deutlichsten wurde dies beim Osteuropa-Referat, das der Direktor des Münchner Osteuropa-Instituts, Professor Dr. Hans Koch, übernommen hatte. In mutiger Distanzierung vom geographischen „Wurmfortsatz Eurasiens“ sprach er von einem „Groß-Europa“, das er als ausstrahlenden, wachsenden, räumlich nicht festgelegten „anthropogeographischen Kontinent“, als „Siedlungsraum der weißen Menschen“ verstand. Bei der rücksichtslos vorangetriebenen sowjetrussischen Siedlungspolitik in Sibirien ist dieses Gesamt-Europa im Augenblick im Begriff, sich zu verdoppeln. Damit wird der Ost-West-Gegensatz zum groß-europäischen Binnenproblem und die Gefahr aus dem „Osten“ zu einer abendländischen Selbstverleugnung, zumal ja auch geistesgeschichtlich ihre materialistischen Antriebe aus dem europäischen Westen kommen.

Kochs Referat hat in mehr als einer Hinsicht „schockiert“. Einmal hatte der Zuhörer über eine Stunde lang Gelegenheit, eine neben dem Redner aufgehängte, vom Nordpol her gesehene Karte des „östlichen“ und „westlichen“ Dispositivs auf sich einwirken zu lassen. Dabei zerrann das bunte „abendländische Idyll“, das sich in den vorausgegangenen westeuropäischen Einzelreferaten gebildet hatte. Wahrscheinlich war es Zeitmangel, der die Tagungsplaner bewog, der vielfältigen Schau abendländischer Einzelreferate ein einziges Ostreferat als „Ergänzung“ gegenüberzusetzen. Aber gerade dies entsprach einer realen Wirklichkeit, auf die die Menschen vor dem Eisernen Vorhang schlecht vorbereitet sind. Da das Unverhoffte oft das Beste ist, darf man in den erregten Diskussionen, die Kochs Referat auslöste, das eigentliche und gute Ergebnis der Tagung sehen. Man darf es in drei Themengruppen zusammenfassen:

Erstens: Die verborgenen europäischen Reserven — Irland, das „andere England“, das aus Europa scheinbar

ausgeschiedene Spanien, die Schweiz, Belgien, Holland, die nüchterne Selbstverständlichkeit des Nordens — wurden um weitere Reserven vermehrt. Denn auch die Balten, Polen, Ungarn, der Balkan werden dereinst Europa wieder bereichern. Vielleicht darf man sogar im neuen Groß-Europa jenseits des Ural eine europäische Reserve sehen, wenn die Lähmung der europäischen Selbstverneinung einmal zusammenbrechen sollte. Europa als der „Raum der weißen Menschen“ wäre, auch wenn man den Bolschewismus in heilsgeschichtlichem Optimismus nicht kurzschlüssig zu rechtfertigen suchen darf, bei einem möglichen Ende der roten Herrschaft doppelt so groß geworden.

Zweitens: Die integral-katholischen und vorwiegend spanisch ausgerichteten Tagungsteilnehmer, die der Ideologie des Ostens einen gleich zugkräftigen „Ismus“ des Westens entgegenstellen wollten, wurden von dem evangelischen Bischof Stählin, aber auch von vielen Katholiken auf den Irrglauben aufmerksam gemacht, daß die „Mund-Kultur“, das wortstarke Bekenntnis zu den „Werten“, nicht schon an sich Realisierung bedeute. Abgesehen von der notwendigen militärischen Verteidigung müsse dem Osten eine besser „gelebte“ Ordnung — nach der Art der Eid- und Deichgenossenschaft —, also kein „Ismus“ entgegengestellt werden.

Drittens: Die politisch zwar noch bestehenden „Eisernen Vorhänge“ und „binnenabendländischen Zäune“, in deren Schutz sich da und dort eine „abendländische Romantik“ noch halten konnte, wurden im Bewußtsein abgebaut. Daß dies zum Schluß der Tagung gerade von den „konservativsten“ Tagungsteilnehmern ausgesprochen wurde, bestätigt die alte Erfahrung, daß die Wahrheit, auch wenn sie zunächst nur an einem Zipfel wirklich ergriffen wird, in andere Wahrheitsbereiche übergreift, die dann die Anliegen, Vorstellungen und Formulierungen des ersten Anfangs mit innerer Notwendigkeit revolutionieren.

Aus Rom, Süd- und Westeuropa

Das Dekret zur Vereinfachung der liturgischen Rubriken Die Ritenkongregation hat am 23. März 1955 ein Dekret zur Vereinfachung der liturgischen Rubriken des Breviers und des Missale Romanum erlassen. Es wurde in den Acta Apostolicae Sedis (Jhg. 1955 Nr. 4/5 vom 23. 4. 1955) veröffentlicht und tritt am 1. Januar 1956 in Kraft. Das Dekret ist sowohl unter dem Gesichtspunkt der liturgischen Reform als auch für die pastorale Praxis von großer Bedeutung. Da die Amtsblätter aller Diözesen den Wortlaut veröffentlichen werden, ist hier nur zusammenfassend zu berichten.

Die Ritenkongregation sagt in der Einleitung, daß das Dekret der seelsorglichen Überbürdung der Geistlichen Rechnung tragen wolle, die es ihnen erschwerte, das Brevier „in der angemessenen Gemütsruhe“ zu beten. Seine Absicht liegt deshalb weniger in der Abkürzung dieses Offiziums, die sich allerdings nebenbei ergibt, sondern es will dem Priester durch die Vereinfachung der Rubriken und des mit ihnen verbundenen dauernden Umblätterns im Brevierbuch die Konzentration erleichtern. Die rubrizistischen Änderungen, die dazu dienen, berühren natürlich auch die heilige Messe, weil der liturgische Rang der einzelnen Tage verändert werden muß. Doch wird

auch die Messe weniger abgekürzt als in ihrem Tagesformular vereinfacht.

Das Dekret hebt selbst seinen provisorischen Charakter hervor. Es sagt, daß die liturgischen Bücher beim Neudruck seinetwegen nicht verändert werden sollen. Auch die Neudrucke werden also noch Rubriken enthalten, die nicht mehr gelten. Schon daraus ist erkennbar, daß das Dekret eine vorläufige Maßnahme im Zuge weitreichender Liturgiereform formuliert, die vorweggenommen wurde, um zeitbedingten Unzuträglichkeiten zu begegnen. Eine Notiz im „Osservatore Romano“ (4. Mai 1955) beseitigt alle Mißverständnisse. Sie lautet:

„Die Veröffentlichung des Allgemeinen Dekretes zur Vereinfachung der Rubriken hat bei vielen Priestern den Eindruck erzeugt, daß eine Reform auch des Brevier- und Meßtextes unmittelbar bevorstehe.

Es wird bekanntgegeben, daß diese Reform noch einige Jahre dauern wird. Deshalb behalten nicht nur die gegenwärtigen Breviere und Missalien ihren Wert, sondern auch diejenigen, die vielleicht inzwischen gedruckt werden müssen. Diese müssen nach der Vorschrift des Dekretes genau dem gegenwärtigen Text entsprechen.“

Das Dekret trägt aber trotz seiner Vorläufigkeit keineswegs das Gesicht des Behelfsmäßigen. Es fördert, wie man aus seinen einzelnen Bestimmungen ersehen wird, nicht nur die Konzentration des Vollzuges der Liturgie, sondern die Konzentration der Liturgie selbst in der Richtung auf das Kirchenjahr. Die Sonntage werden im Rang erhöht, zahlreiche Heiligenfeste liturgisch gemindert. Die Oktaven fallen bis auf ganz wenige weg. So hebt die Vereinfachung der Rubriken zugleich die Struktur des Kirchenjahres heraus.

Das Dekret gliedert sich in fünf Kapitel: Allgemeine Normen, Veränderungen im Kalendarium, Kommemorationen, Veränderungen im Brevier, Veränderungen im Missale.

Allgemein verfügt es, daß seine Bestimmungen zwar nur die römische Liturgie betreffen, in ihr aber alle entgegenstehenden Privilegien und Gewohnheiten beseitigen sollen. Mag dieser Teil auch mehr formale Bedeutung haben, so offenbart er doch den entschiedenen Willen zu straffem Zentralismus.

Veränderungen im Kalendarium

Die wichtigsten Veränderungen finden sich im zweiten Kapitel. Die Kategorie der Semi-Duplexfeste und -tage fällt weg. Die Sonntage, die bisher in diesem Range standen, und die Pfingstvigil werden zu Duplex-Festen erhöht; die Heiligenfeste vom Range semi-duplex dagegen werden nur noch im Simplexritus begangen, und die bisherigen Simplexfeste werden nur noch im Gedächtnis erhalten, d. h. kommemoriert. Wenn die von NCWCNS verbreitete Nachricht stimmt, betrifft diese Vereinfachung etwa hundert Tage des Jahres. Dadurch wird das Brevier verkürzt und die Bedeutung des allgemeinen Kirchenjahres gegenüber den Heiligenfesten stärker hervorgehoben.

Die Sonntage gewinnen an Bedeutung. Im Advent und in der Fastenzeit erhalten sie den Rang des Ritus duplex primae classis, gehen also jedem Heiligenfest vor. Nur Feste des Herrn, die auf einen Sonntag fallen, ersetzen diesen in der Liturgie. Andererseits dient es der Vereinfachung, daß die Liturgie eines verdrängten Sonntags nicht mehr vorweggenommen oder nachgeholt werden muß.

Von den Vigiltagen bleiben nur diejenigen vor den Festen von Weihnachten, Pfingsten, Christi Himmelfahrt, Mariä Himmelfahrt, Johannes d. T. und Laurentius erhalten. Die beiden ersten bleiben privilegiert.

Besonders einschneidend ist die Abschaffung aller Festoktaven mit Ausnahme derjenigen von Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Daraus ergeben sich detaillierte Veränderungen im liturgischen Kalender besonders für die erste Hälfte des Monats Januar, die Himmelfahrtsoktav und die Fronleichnams- und Herz-Jesu-Woche. Die Abschaffung der in einzelnen Gegenden festlich begangenen Fronleichnamsoktav opfert lokale Bräuche der liturgischen Vereinheitlichung, ohne sie auch nur zu erwähnen.

Die Fastenzeit wird dadurch herausgehoben, daß es in Zukunft gestattet wird, privat das Brevier der Fasttage statt desjenigen der Heiligenfeste zu wählen, wenn die Feste nicht mindestens den Rang duplex 2. Klasse haben. In dieser Zeit wird also die Wahlfreiheit des einzelnen Priesters von der Messe auf das Brevier ausgedehnt. Selbst so bedeutende Heilige wie Thomas von Aquin, dessen Fest am 7. März immer in die Fastenzeit fällt, müssen dem Zug der Konzentration weichen.

Kommemorationen

Im dritten Teil des Dekretes werden die Fest-Gedächtnisse und Gebetsgedächtnisse, die bisher im Brevier oft einen störend breiten Raum einnahmen, stark eingeschränkt. In Zukunft gibt es in Brevier und Messe niemals mehr als drei Orationen, an Sonntagen und Festen 2. Klasse nur zwei, an Tagen 1. Klasse und privilegierten Tagen nur eine. Auch in gesungenen Messen gibt es grundsätzlich nur eine Oration. Nur Sonntage, Feste 1. Klasse, die Wochentage des Advents und der Fastenzeit, die Quatembertage im September und die Bittage werden immer kommemoriert. Die Kommemorationen beschränken sich auf die Oration, sie erstrecken sich nicht mehr auf das Credo und die Präfation der heiligen Messe.

Veränderungen im Brevier

Die Tageszeiten des Breviers, von denen der vierte Teil des Dekretes handelt, werden um die Einleitungsgebete (das Vaterunser, Ave Maria und gegebenenfalls das Credo) gekürzt. Das tägliche Brevier schließt mit der marianischen Antiphon nach der Komplet. Die in die Tagzeiten außer der Matutin eingeschalteten Fürbittgebete (preces feriales) an gewissen Wochentagen bleiben nur am Mittwoch und Freitag der Fastenzeit, des Advents und in den Quatemberwochen außer der Pfingstoktav bestehen. Die Sonntags-Fürbittgebete (preces dominicales) fallen ganz weg. Das Symbolum Athanasianum wird nur am Dreifaltigkeitsfest gebetet. Eine „erste Vesper“ gibt es nur noch an Sonntagen und Festen 1. und 2. Klasse. Das „officium festivum“ wird zugunsten der Wochentagspsalmen eingeschränkt. Die kleinen Tagzeiten (Prim bis Non) haben mit Ausnahme der Feste 1. Klasse in Zukunft die Wochentagspsalmen, so daß die kursorische Lesung des ganzen Psalteriums gefördert wird.

... im Missale

In der heiligen Messe fallen die zweiten und dritten Orationen, die bisher für die verschiedenen Zeiten des Kirchenjahres vorgeschrieben waren, fort. Auch die „Ora-

tiones imperatae“, von deren Anordnungsbefugnis die Bischöfe einen reichen Gebrauch zu machen pflegen, werden ein wenig eingeschränkt. Das zeigt sich besonders darin, daß sie gerade an den Sonntagen, wenn die ganze Gemeinde versammelt ist, wegzufallen haben, ebenso in gesungenen Messen, es sei denn, sie sind „pro re gravi“, also in einem wichtigen Anliegen verordnet. In gesungenen Totenmessen gibt es hinfort nur eine Oration. Die Sequenz „Dies irae“ fällt weg bis auf die Seelenmesse am Todes- bzw. Begräbnistag und die erste Allerseelenmesse. Ihren Verlust wird mancher bedauern. Es wird jedoch gestattet, die Sequenz wie bisher in die Totenmessen freiwillig einzufügen. Das Credo wird in der heiligen Messe nur noch an Sonntagen und den Festen des Herrn, der Gottesmutter, den Todestagen der Apostel und Evangelisten, den Festen der Kirchenlehrer und in gesungenen feierlichen Motivämtern gebetet. Das Schlußevangelium ist mit Ausnahme der dritten Weihnachtsmesse und der Palmsonntagsmesse immer aus dem Johannesprolog zu nehmen.

Die neue Reform der Rubriken läßt den Willen des Heiligen Stuhles erkennen, die Feier der Liturgie und besonders des Divinum Officium praktischer und zugleich subjektiv und objektiv wesentlicher und innerlicher zu gestalten, wenn dafür auch jahrhundertelange Traditionen mitunter geopfert werden müssen. Sie geht behutsam, aber entschieden voran und bringt das alte Prinzip „sacramenta propter homines“ hoffnungserweckend zur Anwendung.

Das Echo in der Öffentlichkeit

Es muß angemerkt werden, daß das Dekret der Ritenkongregation bis in die Spalten der nichtkatholischen Presse hinein auffallende Beachtung gefunden hat, namentlich in Frankreich. Es entbehrt nicht des Humors, daß die französischen Zeitungen, freilich inspiriert durch den Korrespondenten von „Agence France Presse“, darin eine Anpassung der Kirche an das Zeitalter der Hast und Eile erblicken und das Wesentliche des Dekretes darin sehen, daß es die Messe abkürze, aber auch dem Klerus ein schnelleres Leben und Arbeiten ermögliche. Sosehr dieses Echo danebentönt, wissen die Zeitungsleute ja doch, worauf es den Lesern ankommt und wie sie Tatsachen interessant zu machen haben. Dieses Zeitungecho zeigt also, daß die liturgische Reform in ihren weiteren Maßnahmen, wenn sie dem Lebensgefühl unserer Zeit zum Heil der Seelen gerecht werden will, die (wenigstens psychologisch vorhandene) Zeitnot und Eilfertigkeit der heutigen Menschen beachten muß. So liegen, beispielsweise, Nachrichten vor, daß die Feier der Osternacht von manchen als zu lang empfunden und von manchen Geistlichen abgekürzt worden ist.

Die neuen Mitglieder der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften

Papst Pius XII. ernannte zu Mitgliedern der Päpstlichen Akademie der Wissenschaften folgende Gelehrte: Charles H. Best, Professor der Physiologie in Toronto; Hermann A. Bruck, Direktor des astronomischen Observatoriums in Dublin; Louis de Broglie, Professor der theoretischen Physik an der Sorbonne in Paris, Nobelpreisträger von 1929; Theodor von Karman, Direktor des Guggenheim-Laboratoriums für Luftforschung an der Technischen Hochschule von Kalifornien;

Julius C. García Otero, Professor der Pathologie in Montevideo; Otto Hahn, Professor der Chemie in Göttingen, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Nobelpreisträger von 1944; Werner K. Heisenberg, Professor der theoretischen Physik in Göttingen, Nobelpreisträger von 1932; Walter R. Hess, Professor der Physiologie in Zürich, Nobelpreisträger von 1949; Gaston M. Julia, Professor der analytischen Geometrie an der Sorbonne in Paris; Paul Niehans, Facharzt für Endokrinologie in La Tour de Peilz bei Vevey (Schweiz); Arne W. K. Tiselius, Professor der Biochemie in Upsala; Arthur I. Virtanen, Professor der Chemie in Helsinki; Max von Laue, Professor der Physik in Göttingen, Nobelpreisträger von 1914; Hermann Weyl, Professor der Mathematik in Zürich.

Die Päpstliche Akademie der Wissenschaften zählt mit den genannten 14 neuen Gelehrten nunmehr 65 Mitglieder. Fünf Plätze bleiben noch unbesetzt.

Der neue Generalobere der Unbeschuhten Karmeliten

Am 29. April wählte das in Rom versammelte Generalkapitel der Unbeschuhten Karmeliten seinen neuen Generaloberen. Gewählt wurde Pater Anastasius vom heiligen Rosenkranz (P. Anastasio del S. Rosario). P. Anastasio ist 1913 in Genua geboren und 1948 und 1954 Provinzial seiner Ordensprovinz gewesen. Der Orden der Unbeschuhten Karmeliten hat gegenwärtig 3434 Ordensmitglieder, die seine alte Tradition des kontemplativen Lebens, der Mission unter den Ungläubigen und der Verehrung der Allerseligsten Jungfrau vom Berge Karmel fortsetzen.

Niedergang und Aufstieg des italienischen Klerus

In Italien, dessen 47 Millionen Einwohner sich zu 99,6% für katholisch erklären, stehen für die Seelsorge 61 000 Priester zur Verfügung, darunter etwa 14 000 Ordensleute, das heißt, ein Priester für je 800 Seelen. Das ist noch immer ein guter Durchschnitt, wenn man bedenkt, daß zwar in den USA ein Priester auf 700, in Irland auf 250 kommt, in Deutschland aber ein Priester auf 1000, in Brasilien auf 10 000 Seelen (vgl. die soziographische Beilage im vorigen Heft der Herder-Korrespondenz nach S. 360). Während sich jedoch seit der endgültigen Einigung Italiens im Jahre 1871 die italienische Bevölkerung fast verdoppelt hat, hat sich die Zahl der Priester auf ungefähr die Hälfte vermindert. Die Krise der unmittelbaren Nachkriegsjahre war also nur ein Teil einer langen Entwicklung, und die seit 1950 zu verzeichnende Aufwärtsbewegung ist nur eine relative Erholung. — Die Abwärtsbewegung vollzog sich vor allem im Süden. Bis zum Jahre 1931 hatte sich der Weltklerus in Norditalien um 23% vermindert, in Süditalien und auf den Inseln, die 1871 an der Spitze standen, jedoch um 58%.

Ganz anders ist das Bild bei den Orden. Die Zahl der männlichen Ordensleute stieg von 9000 im Jahre 1871 auf 39 000 im Jahre 1931, die der weiblichen sogar von 30 000 auf 139 000.

Trotz des leichten Anstiegs der Berufungen und der Zunahme der Ordensleute wird in den kommenden Jahren die Zahl der Priester weiter sinken, da die durch Tod eintretenden Ausfälle nicht ersetzt werden können. Es werden sich nicht nur die durch den ersten Weltkrieg beding-

ten Lücken geltend machen, sondern auch eine Maßnahme Pius' X., derzufolge die Schüler der privaten geistlichen Anstalten an den staatlichen gymnasialen Abschlußprüfungen teilnehmen müssen. Diese Maßnahme hatte zwar das Niveau der Geistlichen gehoben, aber ihre Zahl beträchtlich vermindert.

Auch die Zahl der Kirchen ist in Italien, entgegen der landläufigen Meinung, keineswegs sehr groß. Wohl gibt es 64 000 Kirchen, aber nur 25 000 sind Pfarrkirchen, alle anderen sind zu klein, zu alt oder sonst ungeeignet. Außerdem häufen sich zwar die Kirchen in den alten Stadtkernen, fehlen aber in den Vororten und in den neuen Siedlungen auf dem Lande. Die großen alten Kirchen bedeuten zudem oft eine unverhältnismäßige Bürde für die Gemeinden, so daß gelegentlich der Pfarrer vor lauter Kopfzerbrechen darüber, wie er die Unterhaltungskosten für das Gebäude herbeischaffen und seinen Kunstwert schützen soll, die Sorge für seine Pfarrkinder vergißt.

Die Verteilung der Priester

Ein größeres Problem als der Mangel an Priestern ist ihre Verteilung auf die Diözesen. So hat zum Beispiel die Diözese Brescia (Lombardei) einen Priester für 600 Seelen. Die Zahl der Seminaristen ist hier von 453 im Jahre 1950 auf über 600 gestiegen. (Die Lombardei und Venetien — außer dem sehr armen Po-Delta — sind heute die „klerikalsten“ Gegenden Italiens, in denen nicht nur die Berufungen ständig steigen, sondern auch die Teilnahme am kirchlichen Leben bis zu 90% erreicht — im Gegensatz etwa zu 5% im „roten“ Ravenna.) Mailand hat für seine 880 Pfarreien 500 Seminaristen, das kommunistische Siena für seine 110 Pfarreien ganze 3, Assisi für seine 37 einen. Bergamo (Lombardei) verfügt für seine 407 Pfarreien über 1100 Priester, Rieti (Latium) für seine 172 Pfarreien über 150. Einen Austausch von Priestern gibt es zwischen den Diözesen noch so gut wie gar nicht. In Bergamo ist ein Seminar geschaffen worden, das im Stil der Mission de France Priester für die bedürftigen Diözesen ausbilden soll, doch steht das Unternehmen noch ganz in den Anfängen. — Die Grenzen der Diözesen selber entsprechen keineswegs tatsächlichen Bedürfnissen und Verhältnissen, sondern sind ausschließlich historisch bedingt. Der Vatikan hat versucht, wenigstens hier und da Diözesen zusammenzuschließen, doch haben sich die Hindernisse für eine allgemeine Neuordnung bisher als unüberwindlich erwiesen. Daher variiert die Zahl der Pfarreien in einer Diözese von 880 (Mailand), 700 (Vicenza), ca. 400 (Florenz, Bologna) bis zu 15 bis 25 in verschiedenen Gegenden Italiens, ja bis zu 8 bis 11 in Sizilien. Während es zu wenig Priester gibt, gibt es zweifellos zu viele Bischöfe (288 gegen 88 in Frankreich, 6 in Belgien).

Die wirtschaftliche Lage des Klerus

Woraus erklärt sich nun das Absinken in der Zahl der Weltpriester? Zum Teil, besonders im Süden, durch den Einfluß des laizistischen Staates. Außerdem ist aber im Vergleich zu früher das Leben der Weltpriester viel härter geworden. Darum fehlt auch der Druck von Elternhaus und Verwandtschaft, die sich jetzt, statt Berufungen zu erzwingen, meist gegen sie stellen.

Der Priesterberuf bedeutet nicht mehr sozialen Aufstieg, nicht einmal auf dem Lande, wo der Pfarrer sozial auf niedriger Stufe steht und von großem Respekt vor den

„Herrschaften“ erfüllt ist. Die Weltpriester sind gleichsam das Fußvolk der Kirche, die Ordensleute die Spezialtruppen, die sozial höher stehen und im Orden eine Sicherheit genießen, die dem Weltklerus fehlt. Daher treten die zum Priesterstand berufenen Angehörigen der italienischen Aristokratie meistens in Orden ein, oft in die strengsten.

Der Stand des Weltpriesters garantiert heute in Italien kaum ein Minimum an äußerer Sicherheit. Ein Bischof erhält vom Staat monatlich 81 681 Lire (ca. 540 DM). Davon muß er seinen Haushalt bestreiten, einen Dienstoffboten und außerdem seinen Sekretär bezahlen, seine Reisen durch die Diözese finanzieren und zumeist in einem Palast leben, der kalt, unbequem und oft baufällig ist. Kein Wunder, daß auf den Tischen der Bischöfe der kleinen Diözesen Kartoffeln und Kohl abwechseln. Das Gehalt für Pfarrer beträgt 15 000 Lire (100 DM), weniger als die Hälfte des Gehalts des ungelerten Arbeiters. Das bedeutet, daß viele Geistliche in ausgefransten, gelegentlich fleckigen Sutanen herumlaufen (in eine der ärmsten Berggegenden hat der Papst neulich eine große Menge schwarzen Stoffs geschickt, womit aber das Problem des Schneiders noch nicht gelöst ist), daß sie ohne zureichende Ernährung und Heizung sind, ohne die Möglichkeit, sich Bücher zu kaufen oder eine Zeitung zu abonnieren. Natürlich leben nicht alle Bischöfe und Geistlichen vom staatlichen Gehalt allein. Aber die Einnahmen aus Kirchengütern und Stiftungen sind keineswegs häufig oder groß, und sobald das außerstaatliche Einkommen eines Pfarrers über ein Mindestmaß hinausgeht, erhebt der Bischof eine Steuer zu Gunsten der „Kleruskasse“. Die Einkünfte aus den Kirchengebühren sind in den ärmsten Pfarreien gleich Null, in den besser gestellten genügen sie gerade, um das Einkommen des Pfarrers in etwa abzurunden. Der Beitrag für den Klingelbeutel übersteigt auch in den Städten gewöhnlich nicht den Preis für eine Tasse Kaffee, und oft liegt er wesentlich darunter. Nur ein sehr geschickter und beliebter Pfarrer kann auf höhere freiwillige Beiträge rechnen.

Niveausteigerung

Trotz dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Hand in Hand mit dem zahlenmäßigen Niedergang ist aber ein beachtlicher Aufstieg im Niveau des Klerus zu verzeichnen. Die genannten Hindernisse haben bewirkt, daß diejenigen, die sich heute entschließen, Priester zu werden, es wirklich aus idealen Gründen tun. Dadurch ist auch der Kontakt mit den Laien, besonders mit der Jugend, viel lebendiger geworden. An vielen Orten sind vor allem die jüngeren Geistlichen ständig von einer Schar von jungen Leuten der Katholischen Aktion umgeben. Auch die wissenschaftliche Ausbildung, die ja in Italien nicht an der Universität, sondern ausschließlich im Seminar erfolgt, hat sich sehr gebessert und ist nicht nur gründlicher, sondern auch großzügiger und umfassender geworden. In Turin zum Beispiel gehören Kurse in Soziologie und Psychologie zum Programm des Seminars. Jener Typ des italienischen Priesters, der Therese von Lisieux zu dem Satz veranlaßte, daß sie erst auf ihrer italienischen Reise verstanden habe, warum man für die Priester beten müsse, ist zumal unter dem jüngeren Klerus in Nord- und Mittelitalien nicht mehr zu finden. Die zahlenmäßige Verminderung ist durch die verbesserte Qualität wahrscheinlich zum größten Teil gutgemacht.

Spanischer Hirten- Der Oberhirte der Diözese Ciudad
brief zu Fragen Rodrigo an der spanisch-portugiesi-
des Priesterseminars schen Grenze (Altkastilien), Jesús
Enciso Viana, widmete sein Fasten-Hirtenwort wie all-
jährlich den Problemen seines Priesterseminars. Er schildert die stetige Aufwärtsentwicklung der Seminaristen-
zahlen seiner Diözese in den letzten fünf Jahren:

1950: 173 Seminaristen, 17 Neueintretende
1951: 164 Seminaristen, 23 Neueintretende
1952: 184 Seminaristen, 36 Neueintretende
1953: 204 Seminaristen, 33 Neueintretende
1954: 212 Seminaristen, 38 Neueintretende.

(Das Bistum Ciudad Rodrigo umfaßt 140 000 Katholiken, also knapp die Hälfte der kleinsten deutschen Diözese Eichstätt oder ein Zwanzigstel der größten deutschen Diözese Köln. Bezogen auf die Katholikenzahl hat Ciudad Rodrigo damit gegenüber Eichstätt — mit 142 — 3,6mal mehr Seminaristen, gegenüber Köln — mit 394 — 11mal mehr.)

Bischof Enciso analysiert in seinem Hirtenwort die dreifache Hilfe, die die Gläubigen ihrem Priesterseminar leisten müßten. „Das Seminar braucht drei Dinge. Das erste sind junge Menschen, die in der Blüte ihres Lebens die Stimme Gottes vernehmen und den legitimen Freuden absagen, die ihnen ein Leben im Heim in der Liebe zu Frau und Kindern gewähren würde. Der Sehnsucht nach all diesem, die der Mensch so tief in sich trägt, ist nicht leicht zu entsagen . . . Wenn Ihr darum Söhne Eures Volkes seht, die ihr Heim verlassen und ins Seminar eintreten, dann denkt nicht egoistisch: ‚Die wollen ja nur eine gutbezahlte Karriere einschlagen!‘ Diese jungen Menschen scheiden nicht aus der Gesellschaft aus, um Karriere zu machen; sie sondern sich vielmehr ab, um ein Leben der Opfer zugunsten ihrer Mitmenschen zu beginnen . . . Weil dem so ist, weil diese jungen Menschen in Ehre und berechtigtem Stolz ein Opfertum verwirklichen, von dem zugleich die Kirche lebt, verdienen sie die Hochschätzung und Liebe aller Katholiken.“

„Aus dieser Hochschätzung und Liebe heraus — wenn sie echt gemeint sind — werdet Ihr die Weckung priesterlicher Berufungen in Eueren Familien als eine Vorzugsnade Gottes betrachten und der Kirche gerne in reichstem Ausmaß den Tribut Eurer Söhne für das Priestertum schenken . . .“

Als zweite Notwendigkeit nennt das Hirtenwort „eine gute Leitung und Organisation“ für das Priesterseminar. „Um das eine wie das andere sorgten wir uns, seit wir in die Diözese kamen, und es sind viele und bedeutsame Mittel, die wir dafür aufgewendet haben.“

Das dritte ist die wirtschaftliche Seite. „Jedes Jahr um diese Zeit strecken wir die Hand aus, Euch um ein Almosen zu bitten. Es ist nicht aus Freude am Betteln, sondern aus bitterem Bedürfnis.“ Der Bischof nennt dann als Kosten für den Lebensunterhalt im Priesterseminar für das laufende Studienjahr den Betrag von 56 400 Mark, als Ausgaben für Bedienstete, Strom, Heizung (ohne Lehrpersonal und Bibliothek) die Summe von 6 300 Mark. Gegenüber den Gesamtausgaben von 62 700 Mark ergibt sich aus den Beiträgen der Seminaristen für die Jahrespension mit jeweils 250 Mark eine Einnahme von 51 000 Mark. Zu dem Defizit von 11 700 Mark kommen 2 700 Mark an Zuschüssen für bedürftige Seminaristen, insgesamt also ein Fehlbetrag von 14 400 Mark. Nach dem Hirten-

wort dienen zur Deckung dieses Fehlbetrags: Meßstipendien, Erträge des Seminargartens, „eine Schweineherde, die in den Eichenwäldern einiger entgegenkommender Waldbesitzer weiden darf“, sowie die Diözesankollekten zweier Sonntage, darunter eines speziell eingeführten „Seminar-Sonntags“.

„Jeder Minderertrag auch nur einer dieser Quellen würde die wirtschaftliche Situation des Seminars schwer gefährden“ („Ecclesia“ Nr. 718, 16. April 1955).

Erklärung der Katholischen Aktion in Frankreich Die Katholische Aktion der Arbeiter in Frankreich (ACO; über deren Tätigkeit die Herder-Korrespondenz schon öfter berichtet hat, zuletzt im 8. Jhg., S. 89, 109 und 327) hat am 26. und 27. März ihre Nationaltagung abgehalten. Die Erklärung, die zum Abschluß der Tagung herausgegeben wurde, ist in der „Documentation Catholique“ vom 1. Mai 1955 (Nr. 1198) veröffentlicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Die Abgeordneten der 1400 Gruppen der ACO Frankreichs haben am 26. und 27. März 1955 ihre 3. Nationalzusammenkunft in Paris abgehalten.

Die ACO, die Tausende von Militanten umfaßt, die sich ihrer Treue zur Kirche Christi und ihrer Solidarität mit der Arbeiterklasse durch ihr Leben und ihren Einsatz in den mannigfachen Formen des Arbeiterkampfes bewußt sind, betonen aufs neue die Größe des Menschen, der zur Würde der Kindschaft Gottes berufen ist.

Diese Größe des Menschen verlangt die persönliche Anstrengung jedes einzelnen und eine Gesellschaftsform, die seine Entfaltung und die Vollendung seiner natürlichen und übernatürlichen Bestimmung gestattet.

Daher erinnert die ACO an das Recht des Arbeiters, seiner Familie, der Alten und der Kranken auf ein normales Leben, das sich in einer wirklichen Freiheit, in materieller Sicherheit, der Ausübung von Verantwortung im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereich und in der Möglichkeit einer echten menschlichen und religiösen Bildung ausdrückt.

Sie verurteilt als schwerste Beleidigung Gottes, des Vaters aller Menschen:

- das Wettrüsten, diese Quelle des Elends;
- die Erpressungen durch Zerstörungsmittel;
- den Krieg in jeder Form;
- die Ausbeutung der Kolonialvölker und alle persönlichen oder kollektiven Handlungen, die aus Rassenvorurteilen entspringen.

Die ACO prangert an:

- die gegenwärtige Gesellschaftsordnung, die auf Profit beruht und den Menschen materiell macht, indem sie das Geld zum Ziel und Meister seines Schicksals erhebt;
- die unmenschlichen Arbeits- und Unterkunftsbedingungen, die Unterdrückung des Arbeiters, die Boykottierung der Arbeiterorganisationen, alles, was die körperliche und sittliche Gesundheit, die Freiheit und Würde der Arbeiter, der Frauen, der Familien gefährdet. Diese Gesellschaftsordnung und diese Lebensbedingungen sind gleichzeitig ebensoviele Hindernisse für ein christliches Leben und für den Fortbestand der typischen Tugenden der Arbeiterklasse.

Die ACO begrüßt alle menschlichen und christlichen Werte, die die Arbeiter noch in ihrem Leben und Handeln bezeugen: Gewissenhaftigkeit bei der Arbeit, um ihren Familien eine würdigere Existenz zu schaffen; Sinn für

Gerechtigkeit und Brüderlichkeit, Sorge für die vom Arbeiterdasein am meisten Erdrückten; Wunsch nach Frieden und Hoffnung auf eine bessere Welt.

Die ACO ruft alle Arbeiter auf, in den Arbeiterorganisationen in einem aufgeschlossenen Geist der Einheit, des Verständnisses und des Friedens für mehr Gerechtigkeit, für den Gesamtaufstieg der Menschen und der Völker, für Einrichtungen, die den Geist der Brüderlichkeit unter den Menschen fördern, zu arbeiten.

Sie ruft insbesondere die christlichen Arbeiter auf, sich in den Arbeiterorganisationen ihrer Wahl mit energischer Tatkraft einzusetzen. Sie fordert sie auf, sich gemeinsam von Egoismus und Stolz frei zu machen im vollkommnen Vertrauen auf Gott den Vater und die erlösende Sendung der Kirche.“

Diese Erklärung der christlichen Arbeiter Frankreichs, die ja manche für unsere Ohren vielleicht kraß klingende Formulierungen enthält, wurde unter anderem am 17. April im Kirchenblatt der Diözese Rodez veröffentlicht und dabei vom Bischof von Rodez, Msgr. Ménard, mit einer kurzen Glosse versehen, die besagt, der Bischof „wünsche, daß gewisse feststehende Termini (wie z. B. Arbeiterkampf) von *niemandem* als Drohung interpretiert, sondern als besonders aufschlußreiche Bezeichnungen eines Tatbestandes aufgefaßt würden, den der Christ nicht verkennen dürfe“. Eben diesen Tatbestand wünsche die Kirche durch die ACO spirituell zu beseelen, um zu einer Reform anstatt einer Revolution der Gesellschaft zu führen. „Es ist klar“ — fährt die Glosse des Bischofs fort —, „daß die Erklärung im übrigen die authentische Lehre der Kirche widerspiegelt, die betont, wie notwendig für den Menschen eine ‚Gesellschaftsform ist, die seine Entfaltung und die Vollendung seiner natürlichen und übernatürlichen Bestimmung gestattet‘, und die mit Schmerz feststellt, daß viele Lebensbedingungen heute ‚Hindernisse für ein christliches Leben und für den Fortbestand der typischen Tugenden der Arbeiterklasse‘ bilden.“ Bischof Ménard ist Mitglied der französischen Bischofskommission für die Arbeiterwelt.

Aus Amerika

Konsum- oder Freizeiterhöhung? Das Volkseinkommen in den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1954 357 Milliarden Dollar. Wenn der Friede bewahrt bleibt, wird es bis 1965 auf schätzungsweise 500 Milliarden Dollar ansteigen. Diese Zahlen sind der Ausdruck für die entsprechende Menge und Qualität wirtschaftlicher Güter und Dienste, die für den Konsum bereitgestellt und von ihm aufgenommen werden. Die anhaltende Produktivitätssteigerung der Wirtschaft und die weitere Steigerung ihres Leistungspotentials durch Bevölkerungsvermehrung stellen die Politiker und Wissenschaftler Amerikas schon heute vor ein Dilemma, von dem Benjamin L. Masse in seinem Aufsatz „Dilemma of more leisure or things“ in der Zeitschrift „America“ (Bd. 92 Nr. 25 vom 19. März 1955) berichtet.

Die allgemeine Frage lautet: Hat es einen Sinn, die wirtschaftliche Leistung unbegrenzt zu steigern, auch dann noch zu steigern, wenn jeder Amerikaner den gehobenen Lebensstandard erreicht haben und wenn für die Zwecke des Gemeinwohls im In- und Ausland genügend getan sein wird? Diese Annahme nämlich ist rein wirtschaftlich durchaus nicht utopisch oder unabsehbar fernliegend.

Man möchte jene Frage rundweg verneinen. Es hat keinen Sinn! Man lebt ja nicht, um zu arbeiten, sondern arbeitet, um zu leben. Das Dilemma liegt aber darin, daß jedes Anhalten oder Verlangsamten der Wirtschaftsexpansion zur Massenarbeitslosigkeit führt; denn die technische Rationalisierung setzt immerfort Arbeitskräfte frei. Schon heute müssen in USA, um die Vollbeschäftigung zu gewährleisten, jährlich zwischen 600 000 und 800 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und diese Zahl wird mit der Zeit immer höher. Das bedeutet aber steigende Gütererzeugung und, wenn diese wirtschaftlich verkraftet werden soll, steigenden Konsum und Lebensstandard.

Diese Spiralbewegung könnte angehalten werden, wenn man die Rationalisierung beendete, d. h. darauf verzichtete, fortwährend menschliche durch maschinelle Arbeitskraft zu ersetzen. Aber dieser Gedanke ist so unrealistisch, daß man ihm nicht weiter nachzugehen braucht.

So bleiben nur zwei Möglichkeiten übrig: Die steigende Güterfülle zu verbrauchen und durch gleichbleibende Arbeitsdauer immer wieder zu vermehren oder weniger zu arbeiten, um dann mäßiger produzieren zu können. Die Unternehmer sind auch in Amerika gegen die weitere Herabsetzung der Arbeitszeit, die jetzt 35 bis 40 Stunden in der Woche beträgt. Die Gewerkschaften sind überwiegend dafür. Wie die Menschen selber darüber denken, das wagt Masse nicht zu entscheiden. Alle Meinungsbefragungen haben zu keinem schlüssigen Ergebnis geführt. Masse zitiert Prof. Seymour Harris, der festgestellt hat, daß die Amerikaner die Produktivität ihrer Wirtschaft in den letzten hundert Jahren zu fünf Sechsteln in höheren Lebensstandard und nur zu einem Sechstel in mehr Freizeit umgesetzt haben. Für die Zukunft aber müßte nach seiner Ansicht dieses Verhältnis etwa 1:1 betragen, wenn man der Expansion entgegenwirken will. Daß aber die Bevölkerung geneigt sei, sich so weit umzustellen, wird bezweifelt. Masse hält es nur in dem Fall für wahrscheinlich, daß es wirklich zu größerer Arbeitslosigkeit kommt.

Gegen die Verlängerung der Freizeit sind von jeher auch ethische Bedenken erhoben worden. Zum Teil nennt Masse sie pharisäisch und erinnert an die frühkapitalistischen Unternehmer, die die lange Arbeitszeit von damals damit begründeten, daß sie die Arbeiter nicht auf schlechte Gedanken kommen lassen wollten. Auch der Strafbefehl Gottes an Adam (Gen. 3, 19) könne nicht ins Feld geführt werden; denn die moderne Berufsarbeit ist auch dann keine Spielerei, wenn die Arbeitszeit verkürzt wird. Wie die schon heute so stark verlängerte Freizeit verwendet wird und ob sie dem seelischen Wohl des Menschen mehr schadet oder mehr nützt, darüber, sagt Masse, „wissen wir tatsächlich sehr wenig“. Die Befürchtungen und Bedenken beruhen auf Vermutungen und hypothetischen Schlüssen. — Die Herder-Korrespondenz hat freilich über die nicht sehr ermutigenden Felduntersuchungen von Rowntree und Lavers in England berichtet (vgl. 6. Jhg., S. 231). — Masse ist der Ansicht, die 35-Stunden-Woche habe die Amerikaner nicht zum Nachteil beeinflusst, und er sagt: „Ich würde die Meinung riskieren, daß wir mit ein wenig Planung und Anstrengung auch bei der Dreißig-Stunden-Woche allesamt unsere Seele retten könnten.“

Tatsächlich scheint die vermehrte Freizeit nicht gefährlicher für den Menschen zu sein als die Unersättlichkeit im Streben nach einem höheren Lebensstandard, die durch die im Interesse der wirtschaftlichen Expansion unvermeidliche und immer zur Leistungssteigerung gezwungene

Reklame gezüchtet wird. Eine dritte Lösung aber gibt es nun einmal nicht.

Die Sorgen der Amerikaner bedrücken uns in Europa noch nicht unmittelbar. Doch hat auch schon der deutsche Wirtschaftsminister darauf aufmerksam gemacht, daß sie an uns herankommen. Deshalb gilt auch für uns, was Masse den für die Volkserziehung Verantwortlichen in seinem Lande zuruft: „Es ist durchaus nicht mehr zu früh, daß man anfängt, sich darüber Gedanken zu machen.“

Aus den Missionen

Die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Schulung der Laienchristen der Missionen für das Apostolat. Missionsgebetsmeinung für Juli 1955

Es ist ein Zeichen für die korrespondierende Entwicklung in den altchristlichen Kirchen und den Missionen, wenn der Ruf nach dem Laien heute hüben wie drüben mit gleicher Lautstärke erschallt, hier zur Abwehr der fortschreitenden Entchristlichung der Massen und zur Wiedergewinnung der

Entfremdeten, dort zur Rettung der jungen Kirchen vor der Zersetzung durch den Materialismus und zur Wiedereingangssetzung des zum Stillstand hinneigenden Vormarsches der Kirche.

Mag auch die katholische Weltmission zur Rechtfertigung der Missionsmethoden des zu Ende gehenden Zeitalters auf viele Beispiele eines sich selbst verantwortlich fühlenden Laienapostolats hinweisen, so kann doch niemand behaupten, daß in den Missionen der Neuzeit die Kirche sich ähnlich wie in den urchristlichen Zeiten ausbreitete, in denen der Laieneinsatz eine so große Rolle spielte. Die überseeische Weltmission war zuallererst Werk des Priesters, der sich einen mehr oder weniger ausgedehnten Stab von Laienhelfern (Katechisten) schuf, die ihn in seinen priesterlichen Funktionen unterstützten. Dazu kam die große Hilfe des indirekten Apostolates in Schule und Caritas, wo Ordenslaien und weltliche Laien eine entscheidende Rolle spielten. Niemand darf die Leistungen vor allem der Katechistenorganisation im direkten Apostolat übersehen, aber sie war an die Ergänzung der rein priesterlichen Funktion gebunden und ohne Ausrüstung und Vollmacht für den nichtchristlichen Kulturraum. Kein Wunder, wenn heute die Grenzen des Katechistats besonders empfunden werden, wo die Kirche sich gerade im Kulturraum verwurzeln muß und wo eine rein „innerreligiöse“ Linie der Glaubensverkündigung nicht mehr genügt — wenn sie überhaupt je genügt hat.

Die großen Schwierigkeiten des Laieneinsatzes

Es liegt nahe, mit einem Urteil über die Unterlassungsünden unserer Missionare in der Vergangenheit das Thema abzuschließen. Hier aber muß man sehr vorsichtig sein. Gewiß, diese Missionare kamen aus einer heimatischen Umwelt, in der das Laientum schon längst passiv geworden war, um das Apostolat weitestgehend dem Klerus und seinen Helfern zu überlassen, und insoweit mögen z. B. die meisten Missionare der ersten neuzeitlichen Missionsperiode es als durchaus in Ordnung gefunden haben, daß ihre Missionsgemeinden die europäische Struktur der Kirche kopierten. Wenn man einmal, um ein bekanntes Wort Kardinal Costantinis zu gebrauchen, statt der Missionen „religiöse Kolonien“ der Heimat schuf, so war es gewiß selbstverständlich, daß das religiöse Leben

dieser „Kolonien“ dem der Heimat ähnelte. Aber eines der größten Hindernisse für die Inmarschsetzung der Laien in den Missionen war die Tatsache, daß die westlichen Missionare zunächst ohne Kulturbrücke direkt vor gänzlich fremde Kulturen gestellt wurden. Vor ihnen richtete sich eine Wand auf. Die Dinge wären sicher anders gelaufen, wenn Asien von den orientalischen Kirchen des Ostens aus in einem jahrhundertelangen Prozeß des Einsickerns in die asiatischen Kulturen hätte christianisiert werden können und wenn der Islam nicht Europa so lange nach Süden und Südosten abgesperrt hätte. Unter dem Einfluß der Kolonialmentalität und unter dem Zwang der von den Kolonialmächten geschaffenen kulturpolitischen Lage suchte die Mission dann die Lösung des Kulturproblems in der „Höherführung“ der Einheimischen zur europäischen Zivilisation, die als christlich galt und von der man meinte, daß sie eines Tages Weltzivilisation sein würde. Eine Reihe von Ansätzen der gegenteiligen Methode, die die Kirche in ihrer Sichtbarkeit aus den eigenen Kulturen der missionierten Völker aufbauen wollte, scheiterte bekanntlich an äußeren Umständen und innerkirchlichen Gegenwirkungen. Man fürchtete vor allem den religiösen Synkretismus. Es ist nun ganz klar, daß das Laienelement durch die Arbeit der Mission in der Atmosphäre des Kolonialismus und des westlichen Kulturdrucks, apostolisch gesehen, gehemmt wurde. Es fühlte sich in seiner Kirche irgendwie noch nicht ganz „zu Hause“ und neigte dazu, sich von der fremden heidnischen Kulturwelt abzuschließen. Wenn die Mission so lange zögerte, einheimischen Bischöfen die letzte Verantwortung zu geben, vielfach auch zu lange zögerte, den einfachen Klerus als gleichwerteten Mitarbeiter zu betrachten, konnte eine selbständige Aktion der Laien im Sinne der wiederbelebten Wahrheiten vom „Priestertum der Laien“ wenig Ermutigung finden, zumal auch die Anhängermassen des Christentums in Asien „kleine Leute“ waren, denen es für ein angesichts der ungelösten Akkommodationsfrage so schwieriges Unternehmen an Bildung fehlte. Die „Mausering“, in der sich seit über 40 Jahren die ganze katholische Weltmission befindet, macht nun den Weg für einen neuen Ansatz des Laienapostolats unter neuen Bedingungen frei.

Eine große Schwierigkeit für die Entfaltung des Laienapostolats analog zu jenem der alten Kirche ist ferner die Tatsache, daß der knospenartige elastische Charakter der äußeren, sichtbaren Gestalt der Kirche im Laufe der Jahrhunderte immer mehr vollentwickelten Formen wich, und zwar auf allen Gebieten der kirchlichen Lehre und des kirchlichen Lebens. Die neuzeitliche Mission vor allem mußte ein recht kompliziert gewordenes Kirchengebilde verbreiten, dessen Architektur in Dogma, Recht, Liturgie usw. weitgehend abendländisch war. Man fand nicht den Weg, dieses Gebilde im ersten Ansatz so zu vereinfachen, daß es leicht in die lokalen Lebensbedingungen eindringen konnte, um dann später langsam die Entfaltung zu finden, die es naturnotwendig in entwickelten Christengemeinschaften findet. So mußte die Mission dem Laienapostel statt des leichten Gepäcks der alten Kirche eine ziemlich umfangreiche Ausrüstung mit auf den Weg geben. Wenn der Christ der Urkirche sich damit begnügen konnte, entlang der großen Verkehrsstraßen die Botschaft des Evangeliums in den einprägsamen Berichten des Neuen Testaments zu verbreiten, mußte der neuzeitliche Laienapostel die Kenntnis eines in abstrakte Formeln ge-

brachten systematischen Katechismus und noch einiges mehr beherrschen. Ein umfangreicher, meist Jahre dauernder religiöser Bildungsprozeß ging dem Einsatz des Laienapostolats, der mit dem Vertrauen der Missionare arbeiten wollte, voraus. Daß diese Bedingungen für eine Ausübung des Apostolats psychologische Hemmungen bei den Laien auslösen, ist verständlich.

Nachdem nun heute die meisten Missionen von der technischen Zivilisation überzogen werden, kann man kaum mehr daran denken, die Laien unter den Bedingungen des soviel einfacher konstruierten Lebens der Alten Kirche missionieren zu lassen. Wer also von einer Vereinfachung der Apostolatsforderungen träumte, sieht sich plötzlich vor eine Lage versetzt, wo vom Laienapostolat der Missionen tatsächlich dasselbe Rüstzeug wie für einen Laienmissionar in den alten christlichen Ländern verlangt wird. Über die Missionsländer ergießt sich in unseren Tagen eine Fülle von Ideen, vielgestaltig wie die technischen Mittel der Ideenvermittlung bei uns, unberechenbar in den Auswirkungen auf die einzelnen Seelen. Denn heute wird jeder einzelne allmählich isoliert, von allen Seiten geistig attackiert, und die Missionen, wo man über die Gemeinschaft den einzelnen beeinflussen konnte, werden immer seltener. Die technische Zivilisation hat zudem die Kulturen aller farbigen Völker in stärkste Bewegung gebracht. Am schwierigsten ist die Lage bei den alten sogenannten Primitivvölkern, auf deren Missionierung die Mission, dem Gesetz des geringeren Widerstandes folgend, sich in der Neuzeit besonders geworfen hat. Hier werden Entwicklungen kultureller Art in Jahrzehnten verlangt, für die die westliche Welt Jahrhunderte brauchte. Es ist ausnehmend schwierig, in einer so aufgepeitschten See Fische zu fangen, zumal diese Kulturentwicklung nirgendwo mehr in größerem Maße von der Kirche geleitet werden kann. Erschwerend wirkt auch, daß in allen Missionsländern die vielgestaltigsten Formen des Christentums am Werke sind. Auf den Karawanenstraßen der Welt wird nicht mehr nur ein einziges Evangelium gepredigt. Will der katholische Laienapostel in den Missionen gerüstet sein, den Katholizismus nicht nur in die alt- und neuheidnische Welt seiner Umgebung zu tragen, sondern auch mit verstandesmäßigen Argumenten auf die quälende Frage zu antworten, welches von den vielen Evangelien nun das richtige ist, so bedarf er einer qualifizierten religiösen Bildung. Schließlich hat in so vielen Missionen das schlechte Beispiel der Europäer, die nicht nach den Forderungen des Christentums lebten und keine Spur von apostolischem Geist zeigten, das einheimische Laienapostolat schwer gehemmt. Wenn das gute Beispiel der fremden Christen fehlt, hat der einheimische Laie kein Vorbild einer christlichen Laienaktion.

Alarmzeichen in Afrika

Die Alarmzeichen aus dem außerkirchlichen Raum der Missionen mehren sich und deuten darauf hin, daß von diesem Raum her dem Fortgang der Mission die entscheidende Bedrohung kommt. In Afrika geht der Kampf der Kirche um die Gewinnung der Elite, die aus dem europäischen Bildungssystem, an dessen Entwicklung auch die Mission in hohem Maße beteiligt war, hervorging. Sorgsame religiöse und sittliche Unterweisung in den Missionschulen hat nicht verhindert, daß der Typ auch der christlichen *Evolués* (zivilisatorisch Gehobenen) nicht in allem den Wunschbildern der Missionare entspricht. Fremdein-

flüsse unkontrollierbarer Art beeinflussen heute die Bildung der jungen Afrikaner. Am 12. Februar brachte die *Agentia Fides* einen Bericht aus Dakar (Franz.-Westafrika). Es wurde dort gesagt, wenn es der Mission nicht gelinge, eine christliche Elite zu bilden, drohe ihr der erzwungene Rückzug auf die eigenen Christengemeinden. Und das alles trotz der Hingabe der Missionare, die durch Katechumenat, Pfarrseelsorge und Schule vollständig absorbiert würden. Islam, Freigeisterei und Marxismus stürmten auf die Christen ein, und die Missionen seien unfähig, das Eindringen marxistischer und laizistischer Tendenzen selbst bei den jungen Christen zu verhüten. Es sei sehr dringend notwendig, über die traditionellen Missionsmethoden hinaus entschlossen und methodisch eine katholische Elite zu schaffen, die vor allem eine Sozialaktion starten müsse. Gelingen das nicht, so laufe die Kirche Gefahr, daß die Kommandoposten in marxistische Hände übergehen. — Die weitblickenden Missionare sind sich in Afrika darüber einig, daß man einen neuen Apostolatseinsatz nicht vom Seelsorgsraum der Kirche, sondern aus der inneren Entwicklung des afrikanischen Kulturlebens heraus suchen muß. Der Katholizismus muß sich, wie der Generalsekretär der Weißen Väter im Mai 1954 auf der Konferenz der Orden mit dem Verbindungszentrum der Internationalen Katholischen Organisationen zu den Missionen sagte, in die innere Welt des afrikanischen Fortschrittsmythus einschalten. Das kann aber nur durch Laien geschehen. Deshalb ist der Ausbau eines spezialisierten Laienapostolats ein Gebot der Stunde. Ähnliche Einsichten sind auch in Ostafrika erwacht, wo sie auf zwei katholischen Laienkongressen entwickelt wurden. Um ein solches Laienapostolat zu bilden, ist aber die Hilfe spezialisierter ausländischer katholischer Laien unentbehrlich. Für die herkömmlichen Missionsmethoden bedeutet dies eine echte Revolution, und man kann verstehen, daß die älteren Missionare oft hier nur langsam umdenken. Auf dem Wege zu dem Ziele der Schaffung einer ihren Aufgaben gewachsenen Laienelite liegen viele Schwierigkeiten, zumal auch nichtchristliche Kräfte heute der Laienbildung in Afrika größte Aufmerksamkeit schenken und die Organisationen der Vereinten Nationen einen neuen Laientyp humanitär-liberalen Charakters zu schaffen suchen. Vor allem ist die Auswahl von katholischen Laienführern, die nach entsprechender Vorbereitung in Afrika als Laienbildner eingesetzt werden könnten, nicht überwältigend groß. Immer mehr spitzt sich die afrikanische Missionsfrage im Augenblick auf die Laienbildung zu.

Das ist eine große Akzentverschiebung. Nicht als ob die Heranbildung von Priestern an die zweite Stelle gerückt wäre. Der Ausbau der bestehenden und der Reife entgegengehenden Christengemeinden fordert eine so große Zahl von Priesterspezialisten auf allen Gebieten, daß ein normales Wachstum des einheimischen Klerus und weitere starke Hilfe ausländischer Priestergemeinschaften nicht genügen, um auch nur einen kleinen Teil priesterlicher Kräfte für den missionarischen Vormarsch frei zu machen. Typisch ist hier die Lage in Belgisch-Kongo, über die Professor P. van Bulck SJ in den römischen „*Studia Missionalia*“ einen sehr interessanten Artikel schrieb. Die Missionare würden bei einem noch sehr beträchtlichen Zustrom von Katechumenen von der Arbeit zu Boden gedrückt, und das Missionsapostolat nach außen müsse zwangsläufig bald zum Stillstand kommen, wenn

man nicht auf einen massiven Einsatz von Laienkräften zurückgreife. Es kann heute keine Studie über den Priester-mangel in Afrika mehr geschrieben werden, die nicht am Schluß hoffnungsvoll auf die Laienhilfe im Apostolat blickt.

Strukturwandel des Apostolats auch in Asien nötig

Die Mission in Asien steht vor ähnlichen Aufgaben, will sie die Abkapselung der bestehenden, meist kleineren Christengruppen sowie ihre allmähliche Herausdrängung aus dem Leben dieser Völker vermeiden und den fast zum Stillstand gekommenen Vormarsch wiederaufnehmen. Das für die Entfaltung des Laienapostolats so entscheidende Problem der christlichen Durchsäuerung der Kulturen wird heute überall diskutiert, und der wachsende einheimische Episkopat tut sein mögliches, um die Kirche im Boden zu verwurzeln. Die Tendenzen der Beharrung und der Bewegung sind im Kampf, und es ist nicht einzusehen, wie die katholische Kirche ihre schwache Position in Asien retten könnte, ohne erhebliches Entgegenkommen hinsichtlich ihres Kulturgewandes zu zeigen. Wir können nur immer wieder darauf hinweisen, daß Katholizismus Einheit in der Mannigfaltigkeit bedeutet und daß der endgültige Eintritt der abendländischen Kirche in die Weltkulturen zwangsläufig eine Neugestaltung des kulturellen Gesamtbildes der Kirche verlangt. Gewisse Kulturangleichungen in der Welt von heute lassen das Maß der notwendigen Konzessionen an die asiatischen Kulturen geringer erscheinen als vor vierhundert Jahren und selbst vor 50 Jahren. Da aber die Einordnung in die technische Zivilisation, der alle Weltvölker unterworfen werden, begleitet ist von der Emanzipierung der farbigen Rassen und von einer neuen Selbstbesinnung auf das Eigensein ihrer besonderen Kulturen, ist die Akkommodationsfrage heute so aktuell wie gestern. Man kann in den jungen selbständigen Staaten einen Laien nicht zum Wirken für seine Kirche im eigenen Kulturraum bringen, wenn diese Kirche bei aller Betonung und Sichtbarmachung ihres übervölkischen Charakters nicht zugleich die Einsenkung in den jeweiligen Kulturboden in ihrer sichtbaren Gestalt verkündet. Wenn selbst gebildete asiatische Christen gegen die Akkommodation und für die Beibehaltung des Europäismus im Kulturgewand der Kirche eintreten, so muß darin mehr eine Folge ererbter und von außen eingepflanzter Anschauungen gesehen werden als eine Einsicht in die wahren Erfordernisse des katholischen Apostolats.

Im Kreise der Chinamissionare haben in den letzten fünf Jahren viele Erörterungen stattgefunden, ob der geringe Missionserfolg auf mangelnde Anpassung oder auf Strukturfehler im Apostolat zurückzuführen sei. Man muß wohl beides bejahen und feststellen, daß beide Defekte sich gegenseitig bedingten und verstärkten. Auch in den Missionen muß die Kirche sich wieder als Ganzes ausbreiten, nicht nur durch Bischöfe, Priester, Schwestern, Brüder und Katechisten. Auch in den Missionen wird, um ein Wort Karl Rahners SJ zu gebrauchen, das kommende Jahrhundert ein Jahrhundert der Laien sein müssen, die ihre Zeugenpflicht erkennen und betätigen, in ihren Eliten besonders ausgerüstet für den weltlichen Raum. Alle innerkirchliche Akkommodationsarbeit ist zum Scheitern verurteilt, wenn die Laien im außerkirchlichen Raum der Missionen das Werk nicht vollenden, das am Altar beginnt und in der Durchchristlichung der Lebensform seine Krönung findet.

Die Verfolgung der Kirche in China

Seit Januar hat offenbar eine neue Aktionswelle gegen die Katholiken in China eingesetzt. Immer noch ist das eine Ziel das, eine „Autonome Chinesische Kirche“ zu schaffen, und dazu gehört, daß alle ausländischen Missionare entfernt werden. Die autonome chinesische Kirche wurde zu Anfang unter dem Schlagwort der „drei Autonomien“ — der Finanzen, der Verwaltung und der Lehre — propagiert (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 377 f.). Aber diese Propaganda, zu offenkundig der wahren Natur der Kirche widersprechend, hat keinen Erfolg gehabt. Pius' XII. Enzyklika *Ad sinarum Gentem* (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 218) hat ja auch die Unvereinbarkeit dieser drei Forderungen mit dem wahren christlichen Geist genau dargelegt. Jetzt versucht das kommunistische Regime, die chinesischen Katholiken durch die Schlagworte Vaterlandsliebe und Kampf gegen den Imperialismus zu gewinnen. Im Januar meldete die Fidesagentur, man setze augenblicklich den chinesischen Katholiken Tag und Nacht zu, der Organisation „Patriotische Bewegung zur Vernichtung des Imperialismus“ ihre Unterschrift zu geben. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß sich „gewisse kurzsichtige Priester“ durch diese neuen Schlagworte täuschen ließen. Was die umworbenen Priester aber hätte hellsichtig machen müssen, ist der Umstand, daß bekannte Apostaten unter den Werbern für diese Organisation auftraten, darunter der ehemalige Generalvikar von Nanking, Li Wei-Knang.

Li Wei-Knang, mit Taufnamen Johann-Baptist, war wegen seiner Unterstützung der schismatischen Propaganda in der chinesischen Kirche bereits am 1. Februar 1952 exkommuniziert worden. Diese Exkommunikation war jedoch damals nur Li selber und einer beschränkten Zahl interessierter Personen bekanntgegeben worden. Unter den gegenwärtigen Umständen war es nun notwendig, die Exkommunikation zum Schutz der Gläubigen öffentlich bekanntzugeben. Der „Osservatore Romano“ hat sie am 17. März dieses Jahres publiziert. Die Christen von Nanking haben, wie „La Croix“ vom 2. April meldet, das Exkommunikationsdekret gegen ihren ehemaligen Generalvikar zum Schutz aller Gläubigen an ihre Kirchenportale geheftet.

Das Schwinden der auswärtigen Missionare aus China läßt sich am einfachsten verfolgen, wenn man die statistischen Angaben über die noch in China weilenden Missionare aus den letzten Monaten nebeneinanderstellt:

31. Dezember 1954: 58 Priester (davon 18 im Gefängnis), 26 Ordensschwestern und 3 Brüder;

5. März 1955: 37 Priester und 4 Bischöfe (davon insgesamt 19 im Gefängnis), 23 Ordensschwestern und 1 Bruder; Demgegenüber lauteten die Zahlen der ausländischen Missionare in China 1949: ca. 3000 Priester, 2000 Ordensschwestern und 3000 Brüder.

Die protestantischen Gemeinschaften Chinas haben sich, im Gegensatz zur katholischen Kirche, die unter keinen Umständen ihre Lehrbindung an Rom aufgeben konnte, schon 1950 in großer Mehrzahl den „drei Autonomien“ unterworfen. Ihre ausländischen Missionare dürfen im Lande bleiben und haben, wie die Wochenzeitung der französischen Reformierten „Réforme“ am 9. April dieses Jahres meldete, seither in China ungehindert weitergearbeitet und keinerlei Belästigung erfahren. Allerdings haben sie sich den Vorschriften der drei Autonomien auch insofern unterwerfen müssen, daß neue Missionare von

auswärts nicht mehr einreisen dürfen. Nur die bereits im Lande tätigen dürfen bis zu ihrem Tode oder freiwilligen Rücktritt wie bisher (doch ohne finanzielle Hilfe vom Ausland) weiterwirken.

Errichtung der Hierarchie in Südrhodesien

In Südrhodesien ist im Januar dieses Jahres die Hierarchie errichtet worden: das bisherige Apostolische Vikariat Salisbury, eines der neun Apostolischen Vikariate des Landes, wurde zum Metropolitansitz erhoben. Südrhodesien hat (laut NCWC-News Service, 10. Januar 1955) 794 000 Katholiken mit drei eingeborenen und 111 ausländischen Priestern. Aus Anlaß der Errichtung der Hierarchie hat der Heilige Vater am 24. April eine kurze Rundfunkbotschaft an die neue südrhodesische Kirchenprovinz gerichtet, die, wie „Osservatore Romano“ am 27. April meldete, in dem fernen Empfangsland eine sehr gute Übertragung hatte und von zahlreichen Erzbischöfen und Bischöfen, den zivilen Behörden und einigen Tausend Gläubigen gehört wurde. In seiner Botschaft gedachte der Papst der mutigen Missionare, die vor kaum 75 Jahren zuerst in diese Gegenden Afrikas vorgestoßen sind, die damals die Stimme des guten Hirten noch nie gehört hatten, der heute schon drei Viertel von der rund einen Million Einwohner des Landes folgen. Der Papst betonte die großen Hoffnungen, die er für die Zukunft dieser jungen Christenheit hege, der er den schon seit 1925 dort wirkenden Apostolischen Vikar von Salisbury zum Erzbischof vorsehe, dem die andern Apostolischen Vikare fortan als Suffraganbischöfe zur Seite stehen werden. (Über die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Südrhodesiens im Rahmen der neugegründeten Zentralafrikanischen Föderation haben wir im Januarheft Seite 163 ff. berichtet.)

Ökumenische Nachrichten

Bischof D. Otto Dibelius 75 Jahre

Der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, D. Otto Dibelius, Vorsitzender des Rates der „Evangelischen Kirche in Deutschland“, beging am 15. Mai seinen 75. Geburtstag. Der seinerzeit verkannte Prophet eines „Jahrhunderts der Kirche“ blickt auf ein reiches Leben kirchlicher Verantwortung zurück, das den Generalsuperintendenten der Kurmark schon im März 1933 auf die Bahn eines ebenso klugen wie tapferen Widerstandes gegen den totalen Staat und an die Seite der „Bekennenden Kirche“ führte, der er lange unter Hintansetzung seiner Würde diente. In seiner Person findet die „Evangelische Kirche in Deutschland“, die ja immer noch ein Bund bekenntnisbestimmter Landeskirchen ist, ihre Einheit. Anlässlich der 10. Wiederkehr des Tages der deutschen Kapitulation ist D. Dibelius abermals durch ein unabhängiges geistliches Zeugnis hervorgetreten, das in der Presse ungebührlich geringe Beachtung fand. Darum drucken wir hier die wesentlichen Teile seiner Rundfunkansprache ab:

„Wir sind nicht frei“

„Noch immer blutet Deutschland aus den tausend Wunden, die der lange Krieg ihm geschlagen hat. Noch umringen uns überall die Ruinen. Wenn es so fort geht, wie

es bisher gegangen ist, werden noch nach 50 Jahren zerschossene Kirchtürme und Häuserruinen von einer furchtbaren Vergangenheit Zeugnis geben. Deutschland ist in zwei Staaten zerrissen. Daß inzwischen die Besatzungsmächte jedem der beiden Staaten die Souveränität wiederzugeben haben, kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß wir auf Schritt und Tritt von den großen Mächten dieser Welt abhängig sind. Wir sind nicht frei. Wann der Tag einmal kommen wird, wo, wie am 30. Juni vor 25 Jahren, die Glocken des Kölner Doms den Abzug aller fremden Besatzungstruppen einläuten werden, das kann niemand sagen. Kommen wird der Tag, das ist gewiß. Nur das Wann — das weiß niemand. Und doch wäre es unrecht, heute nur zu klagen. Wir haben auch zu danken. Und es ist Pflicht der Kirche, zu solcher Dankbarkeit zu mahnen.“

D. Dibelius fordert auf zum Dank für den bisher geleisteten Aufbau. Er fordert aber auch die Sammlung aller Kräfte für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, die nicht nur ein politisches Ziel ist, sondern „das dringendste Anliegen derer, die für das sittliche Leben unseres Volkes eine Verantwortung haben. Eben darum ist es das Anliegen der Kirche.“ Denn die Kirche ist Zeuge der materiellen und seelischen Not, die von der Trennung verursacht wird, Zeuge, „wie diese widernatürliche Grenze fortwährend Menschen, die ein redliches Leben führen möchten, zu Übertretern der Gesetze und zu Handlangern des Betrugers macht“. Heimlichkeiten und Spitzeltum müssen verschwinden, weil sonst Millionen Menschen müde, kraftlos und sittlich untüchtig werden.

Mit starken Worten lehnt es D. Dibelius ab, daß die Kirche in irgendeiner Weise sich beteiligt, den Krieg zu fördern. Jeder, der heute angreift, es mag sich handeln, um was es will, ist zum Schuldigen der Menschheit geworden. „Wir erwarten von unseren jungen Männern, daß sie zur Verteidigung unserer Frauen und Kinder bereitstehen für den Fall, daß sich doch noch jemand finden sollte, der dies ungeheuerliche Verbrechen begeht... Aber wir wollen jeden Gedanken daran, daß sich durch einen Krieg in der Lage unseres Volkes irgend etwas bessern könnte, unablässig bekämpfen.“

Die Eine Menschheit

Zum Schluß stimmt D. Dibelius seine Mahnung auf das gleiche Motiv, das wir in letzter Zeit immer wieder in den großen Ansprachen des Papstes vernehmen: „Wir wollen der Welt bezeugen, daß die Stunde vorbei ist, in der das Streben nach Mehrung der Macht dem Leben der Völker seinen Inhalt geben durfte. Die Zeit, in der bestimmte Völker der Erde sich anheischig machen durften, andere Völker zu beherrschen, geht unwiderruflich dem Ende entgegen. Jetzt ist es Wahnsinn, um irgendeiner Verschiebung staatlicher Grenzen willen Millionen von Menschenleben zu opfern oder gar die Menschheit als Ganzes ins Verderben zu stürzen. Die Stunde ist da, in der die Völker sich zusammenschließen müssen, um miteinander an der Wohlfahrt der Menschen zu arbeiten, damit eine Menschheit werde, die zur Ehre Gottes ihre Kräfte braucht. Hier hat auch Deutschland seine Aufgabe. Wir haben Vergangenes zu sühnen. Wir können es nur sühnen, indem wir die große Zukunftsaufgabe sehen, die Gott der Menschheit von heute gestellt hat. An dieser Zukunftsaufgabe mitzuarbeiten ist unser Beruf. Gott aber wird redliche Mitarbeit nicht ohne seinen Segen lassen.“